

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Stückpreis 3,00 M., monatl. 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechs-spaltige Kolonette
jede oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 13. September 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Im Junkerjoch.

In den „Landwirtschaftlichen Jahrbüchern“, welche zugleich Archiv
des preussischen Landesökonomie-Kollegiums sind und von Dr. Thiel,
Ministerialrat im preussischen Landwirtschaftsministerium heraus-
gegeben werden, sind jetzt die Resultate der Enquete vollständig
zusammengestellt worden, welche die pommersche Landwirtschafts-
kammer über die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter in
Pommern veranlaßt hat. Die Beantworter der
Fragebogen sind Gutbesitzer, Verwalter, Inspektoren größerer
Güter; nur in geringer Zahl bäuerliche Wirte und gar
keine Arbeiter. Man hat es also mit einer durchaus einseitigen,
im Junkerlich-großagrarischen Interesse erfolgten Fragebeantwortung
zu thun, und man darf getrost annehmen, daß die Lage der ländlichen
Arbeiter in Pommern noch weit schlechter ist, als sie sich in der
schönfärblichen Beleuchtung der Erhebung darstellt.

Das jetzige Arbeitsvertragsverhältnis zwischen dem ländlichen
Unternehmer in Pommern und den Arbeitern hat sich aus den
alten Herrschaftsverhältnissen herausentwickelt, die den Arbeiter
unter der Krone des Junkers saßen. Ist nun auch die alte „Erb-
unterthänigkeit“, unter der, wie uns Knapp schildert, gerade die
pommersche ländliche Arbeiterbevölkerung so entsetzlich gelitten hat,
längst aufgehoben, so hatten dem heutigen Arbeitsverhältnis doch
noch überall die alten „patriarchalischen“ Schläden an. Auch ohne
die Fuchtel der „Erbunterthänigkeit“ schaltet und waltet der
Junker heute schrankenlos über die Arbeitskraft eines „befreiten“
Schollenflaven und zwingt ihn, im Gutbesitzer-Interesse zu einem
elenden Proletarierleben.

Auf der großen Mehrzahl pommerscher Güter wird, wie die
Enquete feststellt, zunächst ein Stamm sehnsuchtsvoller Arbeiter, Tage-
löhner und Deputanten beschäftigt. Das Charakteristikum dieser
Arbeiter ist, daß sie nicht als einzelne Personen arbeiten sondern
unter dem abgeschlossenen kontraktlichen Verhältnis, der Gutbesitzer
das Ausbeutungsrecht über die ganze Familie hat. Der Familien-
vater bezieht den Lohn für seine gesamte Familie.

Dieser Lohn wird nur zu einem kleinen Teile in barem Gelde
bezahlt, der größere Teil in Naturalleistungen, weil letzteres dem
junkerlichen Interesse besser entspricht. Auf solche Weise kann
schlechtes Land und können geringwertige Naturalien als Arbeiter-
entlohnung verwertet werden, und wie sehr unter solchen Verhält-
nissen der Arbeiter der Gezwungene ist, geht schon aus dem stillen
Kampfe hervor, den der Arbeiter der Fragebogen mit den Be-
antwortern derselben hatte. Die Herren Junker und ihre Leute
zeigten nämlich bei der Fragebeantwortung das ausgeprägte Be-
streben, den Wert der als Lohn gegebenen Naturalien über den
Marktpreis hinaus zu normieren, um auf solche Weise „hohe Arbeits-
löhne“ herauszubekommen.

Auf den Gütern wird den Tagelöhnern ihr Geldlohn als Tage-
lohn bezahlt. Diese Arbeiter nehmen nur einen Teil des Jahres,
etwa 70 bis 100 Tage, am Ausdehnen des Getreides teil. Während-
dessen zahlt ihnen der Junker eine geringfügige Lohntieme des Ge-
drücktes. Für die übrige Zeit bezieht dieser Arbeiter pro Tag nur
„einen mäßigen Satz baren Geldes“.

Der Tagelöhner liefert dem Junker auch den „Hofgänger“.
Meist ist's ein halberwachsener Sohn oder Mädchen, die und da
auch ein gemieteter Fremder. Sie haben ständig, „gegen einen noch
geringeren Tagelohnsatz“, auf den Gütern zu arbeiten.

Aber auch die Frau des Tagelöhners, die doch mit der Be-
stellung der eignen Wirtschaft genug zu thun hat, muß noch einen
Teil des Jahres in der gutsherrlichen Wirtschaft thätig sein.
Während der Ernte ist sie halbtätig für den Gutsherrn thätig und
wird auch noch zu Arbeiten im Herrenhause und im Park heran-
gezogen. Wie angestrengt die Frau angebeutet wird, geht daraus
hervor, daß sie in vielen Verächten Hinterpommerns geradezu als
zweiter Hofgänger bezeichnet wird.

Einzelne Arbeiten, wie Kumpfsänger-Streuen etc., wird von den
Gutbesitzern im Accord bezahlt. „Doch ist das hierdurch erzielte Ein-
kommen nicht sehr bedeutend.“

Unter solchen Umständen spielen dann die Naturalleistungen die
größte Rolle im Einkommen dieses Landproletariats, des Tage-
löhners.

Der erste Teil dieser Naturalleistungen ist der Dreschantel.
Aus dem Umstande, daß er „den Geldverdienst der ganzen Familie
mitunter um ein Bedeutendes übersteigt“, geht wieder hervor, wie
niedrig der Geldlohn ist. Ferner werden dem Arbeiter von der Gutsherr-
schaft Streden Landes überwiesen, die er ganz oder teilweise
selbst bewirtschaftet; ein Stück Gartenland und ein nach der
Fruchfolge wechselndes, meist von der Gutsherrschaft selbst mit-
bestelltes Ackerstück. Daß es der wenigst ertrogsreiche Boden ist,
versteht sich ganz von selbst. Wo die gnädige Gutsherrschaft den
Boden besser verwerten kann, ist sie sofort bei der Hand, das
Deputatland durch ein festes Kartoffeldeputat zu ersetzen und sich so
ihre Land zu erhalten. Ebenso ist es mit dem Viehfutter. Für die
Stuh und 1 bis 2 Fiegen liefert die Gutsherrschaft das erforder-
liche Futter. Kann sie ihre Futtermittel oder die eignen Ställe
besser verwenden, so ersetzt sie die Futterlieferung durch das Milch-
deputat.

So ist schon dafür gesorgt, daß der Tagelöhner nicht mehr be-
kommt, als er zur Fristung eines elenden Proletarierlebens bedarf.
Wo der Geldlohn eine bescheidene Höhe erlangt, fällt sofort die
Naturalleistung, und wo der Tagelöhner sich auf dem eignen Acker
in Nebenarbeit den Unterhalt erwerben muß, ist der Geldlohn niedrig.
Auch die Bearbeitung der Enquete giebt zu, daß wo der Geldlohn
anwächst, vielfach die Naturalleistungen ganz oder größtenteils ver-
schwindet und die Reproduktion aus Acker und eigenem Vieh auf ein

verhältnismäßig kleines Maß zurückgedrängt wird“. Wenn jedoch
hinzugefügt wird, daß die Lebenshaltung der Geldlohn beziehenden
Familien erheblich schlechter sei als der andren, muß man
dahinter ein großes Fragezeichen machen. Es wird viel-
mehr den ländlichen Arbeitern erst dann besser gehen,
wenn der Junker ebenso wie der Industrielle gezwungen wird, den
Preis der gekauften Ware Arbeitskraft bar zu erledigen und nicht
in Naturalien, wobei sich tausend Gelegenheiten finden, den Arbeiter
übers Ohr zu hauen.

Die Angaben über die Geldlöhne wird man gut thun, mit
großer Vorsicht aufzunehmen. Die höchsten Geldlöhne finden sich
nach der Enquete auf Rügen und einzelnen Gütern des vor-
pommerschen Festlandes, die absolut niedrigsten Geldlöhne in Hinter-
pommern und zwar etwa in den Kreisen Belgard bis Lauenburg.
„Während im Regierungsbezirk Stralsund Lohnsätze bis
zu 2 M. und darüber vorkommen und 75 Pf. bis 1 M.
in einem großen Teil des Landes als normal angenommen
werden kann, stoßen wir in den intensiv wirtschaftenden Kreisen des
Regierungsbezirks Stettin vielfach auf einen Tagelohnsatz von 50 Pf.,
der in den nordöstlichen Kreisen des Regierungsbezirks Köslin bis
auf 30 Pf. herabsinkt.“ ... Die Geldlöhne spielen nur auf wenigen
Gütern, speciell Vorpommerns und Rügens, die Hauptrolle, wo
allerdings Gesamteinkommen bis zu 500 M. in barem Gelde in
einzelnen Fällen erreicht werden. In der großen Mehrzahl der
Fälle dürfte sich das Gesamteinkommen in barem
Gelde kaum höher als 250 M. pro Familie stellen.“
Unter solchen Umständen begreift es sich, daß viele Fragebeantwortungen
davon zu sagen wissen, daß von den Tagelöhnerfamilien „über-
schüssige Nahrungsmittel teils verkauft“ werden. Da die Be-
arbeitung über den Eigenkonsum der Familien nur einzelne
allgemein gehaltene Angaben bringt, so deutet obige Thatsache an,
daß viele Tagelöhnerfamilien ihren Konsum auf das Mindestmaß be-
schränken, ja, vielleicht direkt hungern, um noch Naturalien verkaufen
zu können und so sich bares Geld verschaffen.

Fürwahr, es ist ein Hungerleben, welches der ländliche Tage-
löhner unter der Fuchtel des Junkers führt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 12. September.

Bürgerliches und socialistisches Zeitungslesen.

Im letzten August-Heft der Zeitschrift „Der Lärmer“ findet
sich ein bemerkenswertes Urteil über die bürgerliche und die social-
demokratische Presse, das wir hier wiedergeben dürfen als Zeugnis,
wie der von kapitalistischen Einflüssen nicht verirrte unparteiische
Beobachter unserer Verhältnisse denkt und „Der Lärmer“ geht davon
aus, daß die große Mehrzahl der bürgerlichen Zeitungen außer-
ordentlich viel Raum habe für politische Klammerei und für
begegnungen, aber die wichtigsten Erscheinungen oft gänzlich ver-
schweige. Warum? Raumangel ist es nicht. Vielmehr — sagt
die Zeitschrift:

„Beflagter Stoff ist nämlich — unbequem, höchst unbequem,
gräßlich unbequem! Er behandelt Mißstände in der Ge-
sellschaft, der Rechtspredigung, der Armee, der
Beamtenenschaft, kurz, gerade in den Kreisen, in denen das
hochpatriotische, lokale und unentwegt gesinnungstüchtige Blatt ge-
lesen wird, und denen wohl auch der — Herr Verleger angebört.
Manchmal mag's dem armen Prekariaten, der schließlich auch ein Herz
im Leibe hat und des „Jornes der freien Rede“ noch nicht ganz ver-
lustig gegangen ist, — manchmal mag's dem armen Teufel wohl in
den Fingern jucken, eine solche feyerliche Mitteilung seinen
Lesern vorzutragen und das nötige Salz hinzuzufügen. Aber der
Gedanke an den Klundigungsparagrafen läßt
solche ausführliche Wallungen gegen die Autorität der „gott-
gewollten“ Staatsordnung, die geheiligte Majestät des zahlungs-
fähigen Publikums und des nicht minder zahlungsfähigen
„Inzerenten“ im Keime erstickend.“

Aus diesen und ähnlichen Gründen, die ich hier nur flüchtig
andenken konnte, hat sich ein geradezu verhängnisvolles Uebel
entwickelt. Es ist dahin gekommen, daß man der social-
demokratischen Presse freiwillig ein Monopol auf die
Aufdeckung und Kritik einer ganzen Reihe öffentlicher Miß-
stände eingeräumt hat und fort und fort weiter ein-
räumt. Für den wahrheitsliebenden Leser ist es thät-
sächlich kaum noch möglich, sich ein Bild von den wirklichen
Vorgängen und Zuständen auf gewissen Gebieten zu
bilden ohne Zuhilfenahme der socialdemokratischen Presse,
insbesondere des „Vorwärts“. Welche Wirkungen von dieser
Thatsache auf die weitesten Kreise ausgehen müssen, welche schier
unwiderstehliche Waffe dadurch der Socialdemokratie in die Hand
gedrückt wird, brauche ich hier wohl ebenso wenig weiter auszu-
malen, wie den ausgiebigen Gebrauch, den sie von dieser Waffe
mit immer größerem — was vom „bürgerlichen“ Standpunkte
am tiefsten zu beklagen — mit moralisch berechtigtem
Erfolge macht. Von Fällen, die sich gar nicht mehr tollschweigen,
verfälschen oder verschleiern lassen, und von einzelnen wenigen
Ausnahmen unter den „gutgesinnten“ Blättern abgesehen, ist es
ausschließlich die socialdemokratische Presse, die das Schwert der
Kritik über gewissen öffentlichen Mißständen handhabt, — selbst-
verständlich im Sinne und zu den Zwecken der Partei.

Welch eine erschreckende Fülle solchen Materials bringt fast
jede Nummer des „Vorwärts“, und wie wenig wissen
die meisten bürgerlichen Blätter davon zu berichten! Dadurch
aber, daß man dann die socialdemokratischen Redacteurs, die solche
Mißstände aufdecken, auf dem Wege — oft sehr eigentümlichen —
„Rechens“ mit „entehrenden“ Gefängnisstrafen belegt, erhöht
man nur ihr Ansehen, kempelt sie zu Märtyrern und gewinnt
ihnen schließlich die Sympathien auch solcher Kreise, die ihren
Zielen sonst völlig fernstehen, Recht und Gerechtigkeit aber unter
allen Umständen und jeder Partei gegenüber gewahrt
wissen wollen.“ —

Der italienische Parteikongreß

Ist trotz bester Zusammenlöse im großen und ganzen friedlich
und befriedigend verlaufen. Besonders erfreulich ist, daß es nicht nur
zu keiner Spaltung innerhalb der Partei gekommen ist, sondern daß
nach Ansicht der Führer der beiden „Tendenzen“ der innere Zusammen-
halt der Partei durch die Auseinandersetzungen des Parteitages
stärker und inniger geworden ist als zuvor. Die Genossen Ferri
und Turati gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß künftige Aus-
einandersetzungen minder zugespitzt sein würden, als es leider bei
den Erörterungen über die zu befolgende Taktik der Partei der Fall
gewesen war.

Daß diese Erklärungen, die die Genossen am Schluß des Partei-
tages abzugeben sich gedrungen fühlten, mehr waren als gutgemeinte
rhetorische Wendungen, beweist der ganze Verlauf der Diskussionen
über die beiden „Tendenzen“. Die Vertreter der beiden Richtungen
erkannten offenbar, daß die Unterschiede ihrer beiderseitigen Auf-
fassungen in principeller und tatsächlicher Hinsicht denn doch nicht so
groß waren, wie man zeitweilig angenommen hatte, und daß zum
mindesten nicht der geringste Grund vorliege, künftig getrennte
Wege zu wandeln. Ueber die kollektivistischen Principien herrschte
natürlich nur eine Meinung, aber auch in der Beurteilung der social-
politischen Reformen, der politischen und ökonomischen Organisationen,
kurz in den Fragen der Taktik, stellte sich eine allzugroße Abweichung
der Ansichten keineswegs heraus. Wenn es auch dadurch, daß der eine
oder andere Redner zur Pointierung seiner Ansichten eine be-
sonders scharf und einseitig klingende Formulierung wählte, zu
einem vorübergehenden Mißverständnis kam, so läßt sich dieser
Zerium doch bald wieder auf. Den Klassenkampf-Charakter der
Partei betont denn auch die schließlich zur Annahme gelangte
Kompromiß-Resolution, die im übrigen besagen will, daß die Partei
ebensowohl revolutionär wie reformerisch sei, revolutionär in ihren
Zielen und in dem Geiste, der Grundtendenz ihres Wirkens,
reformerisch aber insofern, als sie auch die praktische Gegenwart-
arbeit durch sociale Reformen als eines Mittels zur Erreichung des
Endziels nicht verschmäht. Die Annahme dieser Resolution bedeutete
für keine der beiden Richtungen eine Niederlage.

Sobald wir den Kernpunkt der Diskussion über die Frage
„revolutionär“ oder „reformerisch“ richtig erfaßt haben, handelte es
sich auf der Ferri'schen Seite um ein härteres Betonen
des Endziels, des, wie es Ferri selbst einmal nannte, „socialistischen
Evangeliums“, der Socialkritik von höchster Perspektive aus; auf
der Turati'schen Seite um die ökonomische Organisation des Pro-
letariats, die progressive Hebung der Arbeiterklasse und eine ge-
schickte Ausnutzung der politischen Konstellation. Daß diese Gegen-
überstellung der Tendenzen künstlich zugespitzt und nicht erschöpfend
ist, brauchen wir noch dem oben Gesagten nicht weiter zu betonen.
Beide Richtungen zeigten sich erfreulicherweise gegeneinander tolerant,
beide waren darüber einig, daß es sich um eine Art Arbeitsteilung
handle, daß sich schließlich beide Tendenzen ergänzen und durch-
dringen müßten. Und eine ehrliche gegenseitige Toleranz und
Würdigung würde in der That die gedeihliche Entwicklung der
italienischen Socialdemokratie verbürgen.

Erfreulich ist es auch, daß der Antrag, den Parteivorstand völlig
aufzuheben und den einzelnen Sektionen volle Autonomie der Organi-
sation und der „Tendenzen“ zu verleihen, abgelehnt wurde. Der
romantische Charakter scheint der Centralisation zu widerstreben,
nichtsdestoweniger halten wir die Centralisation für die Vorbedingung
nicht nur der Aktionskraft, sondern auch der ideellen Einheitslichkeit.
Doch auch innerhalb einer centralisierteren Partei die einzelnen
Sektionen sich frei betätigen können, und daß unter der strengen
Centralisation die geistige Freiheit nicht zu leiden braucht, beweist
am besten die deutsche Socialdemokratie. Die absolute
Autonomie der Einzelglieder aber würde zweifellos die
Schlagfertigkeit einer Partei lähmen und das Gefühl der
engen Zusammengehörigkeit lockern, ohne der geistigen Ent-
wicklung der Partei irgendwelche größeren Dienste zu leisten.
Daher vielmehr bei einem lockeren Föderalismus auch der Ausdrag von
Meinungsverschiedenheiten nur zu leicht den Charakter verbitternder
persönlicher Rivalität annimmt, beweist die Parteigeschichte eines
anderen romanischen Landes. Wir hoffen deshalb, daß auch unsere
italienische Bruderpartei Mittel findet, um sich eine Organisation zu
schaffen, die die Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Partei er-
hält und verstärkt. —

Deutsches Reich.

Zu den preussischen Landtagswahlen.

Zu unfrem Bericht über den Vortrag, den Genosse Singer
am letzten Dienstag in dem Wahlverein des IV. Wahlkreises (Ost)
über „1903 ein Jahr der Wahlen“ gehalten hat, wird uns mit der
Bitte um Veröffentlichung geschrieben, daß der Redner in längeren
Ausführungen die Stellung der Partei zu den preu-
ssischen Landtagswahlen behandelt hat.

Die Meinung des Genossen Singer geht dahin, daß es sich jetzt
nicht mehr um die Frage handle, ob wir uns bei diesen Wahlen
beteiligen, sondern daß nur noch darüber diskutiert werden könne,
auf welche Weise dies zu geschehen hat. Aber auch bei der Diskussion
hierüber müsse an dem Beschluß des Parteitages, eigene, also social-
demokratische, Wahlmanns-Kandidaten aufzustellen, als unumstößliche
Grundlage festgehalten werden.

Ueber die Frage, wie sich unsere Wahlmänner bei der Wahl
der Abgeordneten zu verhalten haben, äußerte sich der
Redner, daß es dem Beschluß des Parteitages entspräche,
wenn hierbei ebenfalls überall, wo socialdemokratische Wahl-
männer vorhanden sind, zunächst für einen Parteigenossen
als Abgeordneten gestimmt würde. Erst wenn Stichwahlen
notwendig werden, bei denen unsere Partei nicht in Frage
kommt, könne, nach Ansicht des Vortragenden, davon die Rede
sein, für das „kleinere Uebel“ — vermutlich den Freisinn —

zu stimmen, aber nur dann, wenn der Kandidat bestimmte von der sozialdemokratischen Partei zu formulierende Erklärungen abgibt. Geschieht dies nicht, dann solle man die bürgerlichen Parteien ruhig ihren Schicksal überlassen. Der Hauptwert der Beteiligung liegt in der Agitation gegen das Herbild einer Volksvertretung wie der preussische Landtag.

Der Parteitag hat den Parteivorstand als Centralwahlkomitee eingesetzt, und diesem die Entscheidung darüber, ob und in wie weit bürgerliche Parteien bei der Wahl zu unterstützen und welche Gegenleistungen hierfür zu fordern sind, übertragen.

Ergiebt der Ausfall der Urwahlen nach Ansicht des Parteivorstandes die Möglichkeit, Mandate zu erobern, so muß diese Situation energisch ausgenutzt werden.

Hieraus ergibt sich die Forderung, daß da, wo unsre Partei mit einer größeren vielleicht ausfallgebenden Anzahl von Wahlmännern in den Kampf um die Landtagsitze eintreten kann, in erster Reihe ein Sozialdemokrat zu wählen ist, und daß nur bei Erfüllung dieser Forderung in den weiteren Wahlgängen unter der Voraussetzung bester Erklärung socialdemokratische Wahlmännerstimmen für die Kandidaten der bürgerlichen Opposition abgegeben werden.

Nedner bestritt die Einberufung einer Konferenz von preussischen Delegierten zur Vorbereitung der Landtagswahlen, hält dagegen die Verhandlung darüber auf dem Parteitag in München für ungewinnlich.

Die in der Parteipresse erfolgte Besprechung, welches Vorgehen die Genossen bei den Urwahlen einzuschlagen haben, scheint dem Nedner den damit verfolgten Absichten nicht nützlich gewesen zu sein. Vermutlich werden die empfohlenen Wahlerleichterungen durch Abänderung der Wahlvorschriften unannehmbar gemacht und damit der von den betreffenden Genossen gewünschte Effekt vereitelt werden. Letztliche Maßnahmen Monate vorher öffentlich zu besprechen, empfehle sich nicht, während selbstverständlich die letzten Grundzüge so zeitig vor den Wahlen festgelegt werden müssen, daß die Genossen überall zur richtigen Stunde marsch- und schlagfertig sein können.

Der Nedner resümiert seine Ausführungen über die Wahlbeteiligung dahin, daß die preussischen Landtagswahlen benutzt werden sollen, um eine impotente socialdemokratische Herrschaft zu veranstalten und dadurch Propaganda zu machen für die Vereinfachung des elenden Wahlsystems, welches die Millionen des arbeitenden Volkes ausschließt von der Vertretung im Landtag.

Außerdem solle der Versuch gemacht werden, vom Standpunkt des Klassenkampfes aus, unter voller Aufrechterhaltung der Parteiziele und ihres Programms, socialdemokratische Vertreter in das Abgeordnetenhaus zu bringen, um auch in dieser Körperschaft den Kampf gegen das Junkertum und den Kapitalismus sowie gegen die herrschende Reaktion energisch aufzunehmen und zu führen.

**Zur Fleischnot.** Eine Umfrage, die die „Allgemeine Fleischzeitung“ bei 80 deutschen Schlachthof-Direktionen über die Schlachtungen in den ersten 6 Monaten dieses Jahres angestellt hat, hat ergeben, daß im Vergleich zu dem ersten Halbjahr des vorigen Jahres überall die Schlachtungen, namentlich von Schweinen, ganz erheblich zurückgegangen sind. Alle Teile des Reiches, große, mittlere und kleine Städte, haben den Rückgang zu verzeichnen, der an manchen Orten in einem geradezu erschreckenden Maße eingetreten ist. Der Rückgang der Schweinefleischschlachtungen beziffert sich gegenüber dem Vorjahre im Durchschnitt auf weit über 10 Proz. Und ein solcher Rückgang stellt sich heraus, obgleich bereits das vorige Jahr gegen das vorausgegangene Jahr eine weit bedeutendere Abnahme der Schweinefleischschlachtungen aufwies und dazu kommt, daß vielfach nicht ganz reifes Material zur Schlachtung gebracht wurde, dessen Ergiebigkeit an Fleisch natürlich wesentlich geringer ist. Erwägt man außerdem, daß die Bevölkerung im Laufe des Jahres doch gewachsen ist, so wird man in der auffermäßig festgestellten Abnahme der Schlachtungen eine Tatsache von schwerem Ernst erkennen müssen. Es ist festzustellen, daß von 51 Schlachthöfen großer und kleinerer Städte die Zahl der Schweinefleischschlachtungen in den ersten 6 Monaten 1902 gegenüber derselben Zeit in 1901 von 1726 408 auf 1529 254, d. i. um 197 214 Stück oder um etwa 11 1/2 Proz. zurückgegangen ist.

In Berlin sank die Zahl der Schweinefleischschlachtungen in dem bezeichneten Zeitraum von 417 146 auf 382 654 Stück.

**Billiges Fleisch. Wo? Jenseits der Grenze!** Wie dem „Oberl. Tagbl.“ aus Lublin gemeldet wird, ist das Schweinefleisch in Rußland Polen jetzt sehr billig. Das Schweinefleisch kostet nach unserem Maße nur 20 bis 25 Pf. Schwarzvieh ist sehr viel vorhanden und die Preise sind niedrig. Durch die Grenzsperrre ist es den Viehhändlern und Händlern jedoch nicht möglich, das Vieh abzuführen, sagt das Blatt hinzu.

**Der Juristentag** beendete am Freitag seine Beratungen. Neues brachte die letzte Vollversammlung nicht, es wurden nur die Beschlüsse der Abteilungen mitgeteilt und begründet. Ueber die Kartellfrage wurde nochmals länger debattiert. Jedoch fand man keinerlei Einigung oder auch nur die Möglichkeit eines Mehrheitsbeschlusses, so daß die Frage schließlich auf den nächsten Juristentag vertagt wurde.

**Pensions- und Hinterbliebenen-Versorgung städtischer Arbeiter.** Im Anschluß an unseren gestrigen Leitartikel seien noch auf Grund der Rombergschen Schrift einige Thatsachen bezüglich der Gewährung von Ruhegehalt und Hinterbliebenen-Versorgung für städtische Arbeiter erwähnt.

Bürgerliche Socialreformer machen viel Aufhebens davon, daß in den letzten Jahren einige Gemeinden daran gegangen sind, ihren Arbeitern Ruhegehalt und Hinterbliebenen-Versorgung zu gewähren. In Wirklichkeit haben wir es hier erst mit sehr bescheidenen Ansätzen zu thun; es ist auch noch nicht entfernt daran zu denken, daß die Arbeiter hierdurch eine den Beamten ähnliche Stellung erlangt haben. Das wird erst dann der Fall sein, wenn den Arbeitern ein gesetzlicher Anspruch auf den Bezug von Ruhegehalt und Hinterbliebenen-Versorgung gewährt wird und wenn sie nur aus solchen Gründen entlassen werden können, aus denen auch Beamte entlassen werden. Eine solche Gleichstellung aber hat bisher keine einzige Gemeinde durchgeföhrt. Andererseits darf man nicht außer acht lassen, daß die Gewährung von Ruhegehalt und Hinterbliebenen-Versorgung im Interesse der Gemeinde selbst liegt, deren Armenetat dadurch erheblich entlastet wird. Auch fehlt es nicht an Beispielen einer Regelung des Bezugs von Ruhegehalt, die den Anschein erwecken, als ob diese Einrichtung nur deshalb getroffen ist, um das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter zur Stadterwaltung zu vergrößern. Es sei mir an Hildesheim erinnert, wo die Voraussetzung für den Bezug des Ruhegehaltes eine 15jährige Dienstzeit nach vollendetem 20. Lebensjahre bildet, wo aber durch Beschluß der städtischen Kollegien, selbst bei Verbleiben des betreffenden im städtischen Dienst, diesem seine Eigenschaft als städtischer Angestellter, d. h. seine Pensionsberechtigung jeder Zeit entzogen werden kann, namentlich, wenn die Dienstführung oder das arbeitsmäßige Verhalten nicht zufriedenstellend ist. Durch diese Bestimmung werden die Arbeiter gänzlich der Willkür der Stadterverwaltung ausgeliefert.

**Von der Direktion des anatomischen Instituts in Heidelberg** erhalten wir zu unserer Mitteilung in Nummer 207 über „Soldaten als Versuchsanimalen“ folgende Darstellung der Angelegenheit:

1. In den in dem anatomischen Institut abgehaltenen Vorlesungen wurden Soldaten nicht aus Mangel an anderen Personen vorgestellt — denn es kamen hierbei auch Civilisten, worunter auch Studenten, zur Verwendung —, sondern weil Soldaten in der Regel die am besten ausgebildeten Körperformen besitzen.

2. Die Militärbehörde gab zur Heranziehung von Soldaten nur unter der Bedingung Erlaubnis, daß sich solche freiwillig meldeten. Sämtliche vorgestellten Militärpersonen (süß an der Zahl) erhielten pro Stunde entsprechende Vergütungen.

3. Bei keinem vorgestellten Soldaten fand eine völlige Entleerung, sondern nur eine Entleerung des Oberkörpers statt.

4. Die zur Erregung einzelner Muskeln verwendeten elektrischen Ströme wurden so schwach gewählt, daß sie Schmerzen nicht erzeugen konnten; denn beim Aussetzen des Schwermers wäre die Reinheit des Versuches durch Mitbewegung anderer Muskeln zerstört worden. Auch kamen die gleichen Militärpersonen in wiederholten Vorlesungen aus freien Stücken zur Vorstellung und Elektrifizierung.

### Deutsches Volksschulwesen.

Es wird uns geschrieben: In Nr. 21 dieses „Vorwärts“ darauf, daß im Herzogtum Gotha Seminaristen zur Verwaltung von Schulsachen nach vollendetem ersten Kursus in das Lehramt eingesetzt seien.

Der gleiche bedauerliche Vorgang läßt sich aber auch für eine Reihe anderer Bundesstaaten feststellen, insbesondere für das Königreich Preußen und die beiden Mecklenburgen, wo man bemerkt, daß der Lehramtsmangel — in Preußen allein waren nach der letzten Schulstatistik vom 27. Juni 1901 15 bis 16 000 Elementar-Schulklassen ohne Lehrer — auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege und auf noch bedenklichere Art zu verdecken.

In Preußen existierte lange Zeit hindurch eine Art amtlicher Presse, die in sechs Nummern auf den Seminaristen „ausgebildete“ Lehrer fabrikmäßig produzierte. Ja, man ging weiter — und das freilich gewiß schon das Gebiet des „Un glaublichen“ — indem man Leute amtlich in den Lehramtsstellen einstellte, welche niemals eine Lehrerbildungsanstalt gesehen hatten, welche nach jeder Richtung geistig unfertig als sogenannte Präparanden, also vor der Aufnahmeprüfung in ein Seminar, eine Schulliste, z. B. eine ein-klassige Volksschule, eine der häufigsten und verantwortungsvollsten pädagogischen Aufgaben, zu verwalten hatten. Hierbei handelt es sich nicht mehr um die Thätigkeit von Menschenbildnern im Diersteinschen Sinne, nicht mehr um die Verwaltung und Förderung kostbaren Menschennaterials, sondern um eine barbarische Verwüstung durch junge Bonapartes, welche ohne ihre Schuld amtlich zu Dingen mißbraucht werden, die außerhalb ihres Könnens und Verständnisses liegen.

Das „Un glaubliche“ ist jedoch wohl die Verständnislosigkeit staatlicher Schulbehörden, die derartige Zustände veranlassen, aufheben und zu Einrichtungen erheben konnten, die insbesondere von einem sechswohentlichen Lehrer-Seminar-Kursus für Theologen die Wunderwirkung erhofften und noch heute erwarten, daß aus ihm sach-männlich für Unterricht und Erziehung bewährte Leiter und pädagogisch-wissenschaftlich gebildete Inspektoren des Volksschulwesens hervorgehen würden. Und wie großartig entsprechen diese geistlichen Herren den an sie gestellten Erwartungen in ihren Tathat- oder Begleit-Inspektoren noch heute? Sieht man nämlich von allen hier angedeuteten Mißbildungen ab, so ist es dennoch für keinen Kenner der Verhältnisse ein Geheimnis, daß unsre deutschen Lehrer-Bildungsanstalten in ihrem Vorkursus und Zielen ungenügend, daß aber die noch immer vorherrschende geistliche Schulaufsicht der Höhepunkt pädagogischer Unmöglichkeit und geradezu ein Hohn auf eine erspriechliche Fortentwicklung des deutschen Schulwesens im 20. Jahrhundert ist.

Alles das ist leider nur allzu glaublich, da es sich um nothwendige, nicht unbekannt, aber wenig kritisierte Thatsachen handelt, und diese Mißstände wären eigentlich lächerlich einseitig, wenn dabei nicht so überaus traurige Folgen für die unteren Klassen des unsrer Volks in Betracht kämen.

### Ausland.

#### Der Bauernschlächter v. Plehwe.

Der Gouverneur des Gouvernements Saratow erließ im Juni an die ihm unterstellten Behörden ein geheimes Rundschreiben (abgedr. im „Vorwärts“ Nr. 170) über die Notwendigkeit einer Verschärfung der Mittel zur Unterdrückung der Bauernbewegung, dessen Inhalt und Form gleich die Vermutung aufkommen ließ, daß das Dokument seinen Ursprung in noch höheren Sphären hat und daß es sich nicht nur auf das Gouvernement Saratow bezieht. Das nachfolgende Dokument beweist die Richtigkeit dieser Annahme: v. Plehwe ist es, der nicht dringend genug die Bauernschlächterei empfehlen kann. Wir lassen das Dokument hier folgen:

Circular des Ministers des Innern.  
Das Polizeidepartement. Geheim.  
21. Mai 1902. Nr. 5506. Circular.

An die Herren Gouverneure.

In Anbetracht dessen, daß in letzter Zeit in einigen südlichen und südwestlichen Gouvernements Bauernunruhen stattgefunden haben, die nicht selten von bewaffneten Ueberfällen auf Domänen und Güter begleitet gewesen sind, hat der Minister des Innern den Gouverneuren am 15. Juni 1898, unter Nr. 4894, Hinweis über die Frage gegeben, welche Mittel zur Vorbeugung und Unterdrückung aller gewaltthätigen Handlungen, die von der Landbevölkerung ausgehen, in Anwendung zu bringen sind und wie die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Außerdem ist den Herren Gouverneuren durch das Rundschreiben vom 6. Juni und 1. August 1900 auf eine der Hauptursachen der Bauernunruhen hingewiesen worden: auf das Bestehen einer Gruppe von Menschen, die sich „Socialrevolutionäre“ nennen, sich jeden bequemen Falles zu bedienen, bei dem sie die Bauern über ihre verbrecherischen Ziele unterrichten können, wobei sie den Zweck verfolgen, aus dem am stärksten entwickelten Teil der Landbevölkerung bewußte Anhänger für die regierungseindliche Thätigkeit heranzubilden.

In Anbetracht dieser Thatsachen wurde die Aufmerksamkeit der Gouvernementschefs auf die Notwendigkeit gelenkt, darauf acht zu geben, daß solche Organisationen nicht entstehen. Teilnehmer der Organisationen sind hauptsächlich Personen der sogenannten liberalen Berufsarten, die öffentliche Ämter bekleiden und mit dem Volk in nahe Berührung kommen.

Zu Erwägung, daß die Bauernunruhen in keinem Fall geduldet werden können, weil sie das angelegte Glück des Lebens der Landbevölkerung bedrohen, finde ich für angebracht, die Aufmerksamkeit der Herren Gouverneure auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß die in den oben bezeichneten Rundschreiben gemachten Verordnungen unversehrlich zu erfüllen sind. Zu gleicher Zeit bitte ich die Herren Gouverneure, den Landpolizeivorständen, den Mitgliedern des Bauernamtes, den Richtern und den Beamten der Polizei vorzuschreiben, über die Stimmung der örtlichen Bauernbevölkerung Aufsicht zu halten und die energischsten Mittel zur möglichsten schnellen Unterdrückung von Unruhen anzuwenden.

Ich halte es auch nicht für überflüssig, den Herren Chefs der Gouvernements zur Kenntnis zu bringen, daß das Ministerium des Innern in der letzten Zeit Nachrichten erhalten hat, wonach schlechtgestimmte Leute bestrebt sind, unter den Bauern Propagandaverweise zu gründen. Zu diesem Zweck werden unter den Bauern die entwickeltesten, begabtesten und energischsten herausgehoben, es werden ihnen verschiedene wissenschaftliche Kenntnisse beigebracht, hauptsächlich aus der Geschichte, Sociologie und der Arbeiterbewegung. Als bestes Mittel, die genannten Kenntnisse zu den Bauern gelangen zu lassen, erscheint hierbei die weite Verbreitung tendenziöser und verbotener Schriften.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, wie schädlich es ist, wenn Schriften der unterirdischen Litteratur in das Volk dringen, es muß aber in Betracht gezogen werden, daß auch die Verteilung von Büchern ganz legalen Charakters unter der Landbevölkerung verdächtigen Personen Gelegenheit giebt, mit dem Volk in enge Beziehungen zu treten, sie fördert deren Meinungsäusserung und nähert die verdächtigen Leute den Bauern. Außerdem schafft die populäre Volkslitteratur, tendenziös ausgewählt, eine künstliche politische Wägung, weil sie die verschiedenen dunklen Seiten des Bauernlebens schildert, die Armut und das Elend, und so wird im Volk die Unzufriedenheit gestärkt.

Die durch die Propaganda herangebildeten Mitglieder der Hölle erscheinen ihrerseits wiederum als Propagandisten unter ihren Dorfgenossen, und auf diese Art und Weise legt ein Verein solcher Bauern, indem er neue und immer wieder neue Mitglieder heranzieht,

das Fundament zu dem zukünftigen „Kampfbund der Bauern“. Aus den dem Ministerium vorliegenden Berichten ist zu ersehen, daß verdächtige Leute mit dem platten Land Beziehungen durch Studierende der Kirchen- und Lehrerseminarien, durch Schüler der Heilgeschulen, Gartenschulen usw. anknüpfen und bestrebt sind, Vereine aus den Volksschulern und Lehrern zu organisieren, wobei die im Sommer stattfindenden pädagogischen Kurse den verdächtigen Leuten dazu dienen sollen, mit ihnen bekannt zu werden. Außerdem bedienen sich die verdächtigen Agitatoren der Bauern solcher Dörfer zur Verbreitung der Propaganda, wo ihre städtische Thätigkeit bereits erloschen ist; solche Bauern werden als Tagelöhner, Kolporteurs, Hausierer in jene Dörfer ausgesandt, wo es beschaffen worden ist, die regierungseindlichen Ideen auszustreuen. Betrachte es als notwendig, Sie, hochgeehrter Herr, zur erfolgreichen Verwirklichung der Aufsicht von dem Obigen in Kenntnis zu setzen über die Stimmung der Landbevölkerung in Ihrem Gouvernement.

Unterschrift:

Minister des Innern Staatssekretär Plehwe.

Gegenunterschrift:

J. B. des Direktors des Departements: Popuchin.

### Schweiz.

#### Nachträge zu den Auserwählter Wahlen im Großen Stadtrat.

**Zürich, 10. September.** (Fig. Ver.) Die von unsren Genossen an dem berühmten Siegestage vom 31. August proklamirte soziale Taktik hat bereits zu einer Aktion auf städtischem Boden geführt. Auf die Auserwählter Kantonsratswahlen hin hatte der Züricher Stadtrat zum angeleglichen Schutze „reiner Wahlen“ eine Reihe von Anordnungen getroffen, die mit den bestehenden Gesetzen und Verordnungen im Widerspruch standen und den Eindruck machten, als ob Auserwählter unter dem Belagerungsstand stünde. Die Mitglieder des Wahlbureaus wurden von 3 auf 6 Mann vermehrt und die Wähler dazu kommandirt, nur an ihrer „Reverence“ die Stimme abzugeben; an einer andern Liste abgegebene Stimmen wurden für ungültig erklärt. Das Central-Wahlbureau der Stadt Zürich, in dem die Socialdemokraten nur eine Minderheit bilden, wies die unverkäufliche Vermutung des moralischsten Stadtrats einstimmig und mit Entschiedenheit zurück, worauf der Stadtrat keine Anordnungen wie der Par aller Neuen einfach dekreterte. Die Wähler nahen sich sagen, die Socialdemokraten aber reichten nach den Wahlen an den Stadtrat eine Interpellation betreffend sein willkürliches und geschwundenes Vorgehen ein. Die Interpellation begründete unser Genosse Arbeitersekretär L. Schinger. Er wies die Rechtswidrigkeit der getroffenen Anordnungen nach und betonte, daß der Stadtrat den vom Gesetz vorgeschriebenen Weg betreten muß, wenn er die Abänderung bestehender Wahlvorschriften wünscht. Der Stadtspräsident Pestalozzi suchte sein Vorgehen recht und schließlich zu rechtfertigen, sicher war ihm ja die Abolition seitens der korrupten bürgerlichen Majorität von vornherein. Unter der Leitung der Moral kann heute in Zürich eine jede Behörde die ärgsten Schandthaten gegen die Socialdemokraten leicht erlauben, die bürgerlichen Handlanger geben zu allem ihre Zustimmung. Entspringt eine solche unheilvolle Politik schon einer gewissen Korruption, so muß sie unaufhaltsam zu weiterer Korruption der betreffenden Kreise führen. Die Herren treiben ein gefährliches Spiel.

### Frankreich.

**Oberlieutenant v. Saint-Némy** soll angeklagt haben, daß er gegen seine Vernehmung in die Nichtaktivität beim Staatsrat Bescheid erlassen werde. — **Déroulède** und **Habert** haben einen Berichterstatter erklärt, daß sie die von Saint-Némy bezogene Insubordination nicht billigen, schon deswegen nicht, weil von ihm an ein militärischer Rutsch unmöglich sei. Denn die Soldaten würden von jetzt an einem General, der einen solchen Rutsch zum Heile Frankreichs versuchen wollte, den Gehorham verweigern.

**Martinique.** Die in Paris ansässigen Socialisten der Antillen haben eine Resolution angenommen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, für baldmöglichste Ueberfiedelung der Bevölkerung von Martinique nach Algier, Senegal und andren französischen Kolonien Sorge zu tragen.

### Belgien.

**Die Bürgergarde,** die sich bei der April-Bewegung, namentlich in Löwen, so glänzend als Stütze des Kerfolsen Regiments bewährt hat, soll auf Grund des Gesetzes vom 11. September 1877 vermerkt werden. Die Regierung fordert alle Gemeinden von über 10 000 Einwohnern auf, die Bürgergarde zu organisieren.

### Spanien.

**Barcelona, 12. September.** Die Polizei verhaftete fünf Anarchisten. — Der Generalispita ist entschlossen, den anständigen Arbeitern gegenüber keine Rücksicht zu nehmen. Der Ausstand der Wauer dauert fort.

### Schweden.

**Die Kammerwahlen.** Stockholm, 10. September. (Fig. Ver.) Von den 231 Wahlen zur Zweiten Kammer haben bis jetzt 114 stattgefunden. Die wahrheitsfreundliche liberale Sammlungspartei hat im allgemeinen bis jetzt gute Erfolge erzielt, sie hat 11 neue Mandate erobert, während die konservative Landmannspartei 12 ihrer Sitze verloren hat.

Die Socialdemokratie befolgt bei den Wahlen die Taktik, daß überall dort, wo keine bestimmte Aussicht, eigene Kandidaten durchzubringen vorhanden ist, die Arbeiter einem aufrichtigen liberalen Freund der Wahlrechts-Reform und Gegner der gegen die Gewerkschaften geplanten Zwangsgeetze ihre Stimme geben. Man geht hierbei von der Erwägung aus, daß eine gründliche Wahlrechts-Reform nur dann durchführbar ist, wenn im Reichstag eine starke Mehrheit dafür eintritt, und wendet darum alles an, um die wahrheitsfreundlichen Elemente aus der Zweiten Kammer zu entfernen. Daß diese durch die Umstände gebotene Taktik nicht sehr begünstigt auf die Massen wirkt, ist selbstverständlich. Dazu kommt, daß viele Arbeiter infolge der ungünstigen Erwerbsverhältnisse wegen Steuerstände ihr Wahlrecht eingebüßt haben, so daß die Zahl der wahrberechtigten Arbeiter noch geringer ist als es ihmitten einer guten Geschäftslage der Fall sein würde. Immerhin sind in einigen Wahlkreisen, wo wegen zweifelhafter Haltung der Liberalen eigene socialdemokratische Kandidaten aufgestellt wurden, recht ansehnliche Stimmenzahlen erzielt worden. So erhielt z. B. im Kreise Åola-Dal-Woberg in Ostergötland der Arbeiter-Revolutionär Sjögren 318 Stimmen, gegenüber 498 auf den liberalen und 596 auf den konservativen Kandidaten abgegebenen Stimmen. Hier wird in der Stichwahl wahrscheinlich der Liberale gewählt werden. In Landskrona erhielt der Socialdemokrat Redacteur Nelson 327, der Liberale 685 Stimmen.

In Stockholm werden die Wahlen am 29. d. M. stattfinden. In vier Wahlkreisen der Hauptstadt haben die Arbeiter auf eigene Kandidaturen verzichtet, für den fünften Kreis hat die Arbeiterkommune jedoch beschlossen, zwei eigene Kandidaten aufzustellen. Eine starke Minorität der Genossen des Kreises beschränkt aber, daß durch die Aufstellung eines zweiten Kandidaten die Wiederwahl Hjalmar Brantings gefährdet wird, und ist deshalb dagegen. Die endgültige Entscheidung steht noch bevor. — In der großen Industriestadt Malmö, wo am 27. d. Mts. gewählt wird, liegen die Verhältnisse so, daß die Wahl von zwei Socialdemokraten sehr wahrscheinlich ist.

**Eisenbahnreform.** Die Verwaltung der Staatsbahnen berichtete diese Tage in der Sitzung des Eisenbahnrates über ihre Stellung zur Reform der Perionenttarife. Nach eingehender Prüfung der Frage ist die Verwaltung zu der Ansicht gelangt, daß eine bedeutende Herabsetzung der Fahrpreise empfehlenswert ist und daß für die Berechnung der verschiedenen Strecken ein Jorenshitem eingeführt werden könnte. Für kurze Reisen sollten nach Meinung der „königlichen Verwaltung“ die Fahrpreise pro Kilometer so weit ermäßigt werden

daß die jetzt hierfür bestehenden Ausnahmestellen größtenteils abgeschafft werden könnten; für längere Reisen so weit, daß der Ausnahmestellen für Strecken von über 300 Kilometer auf den Bahnen nördlich von Stockholm und Örebro überflüssig werden würde. Nach diesem sogenannten Nordlandtarif beträgt der Preis pro Kilometer in der dritten Klasse bei den längsten Strecken nur 1/2 Öre. Gegenwärtig bezahlt man in den anderen Landesteilen 4 Öre für Personen- und Schnellzüge, 3,00 Öre für gemischte Züge und Güterzüge. Die Verwaltung der Staatsbahnen beschäftigt also eine ganz erhebliche Vermehrung der Fahrpreise einzuführen, was um so mehr Beachtung verdient, weil es ein Land betrifft, dessen kolossales Gebiet größtenteils recht schwach bevölkert ist, und wo die Anlage und Erhaltung der Eisenbahnen mit weit größeren Kosten verknüpft ist als z. B. in Deutschland. —

### Rußland.

Dem Kerker entronnen sind am 31. August in Kiew zwölf politische Gefangene, die dort bereits seit vielen Monaten schmachteten. Die Namen der Glücklichen, denen es gelang, aus dem Polizeigefängnis zu entweichen, sind J. Wassow, N. Wassmann, J. Blumenfeld, W. Watrowsky, L. Halperin, W. Kroschal, S. Maljann, M. Sitwin, J. Tarste, W. Wallach, M. Gurosch und S. Wleky. Die drei letztgenannten hatten sich nicht weniger als 16 Monate lang in der Gewalt der zarischen Schergen befunden. Leiber befinden sich in Kiew noch immer gegen 60 politische Gefangene in Haft. —

### Afrika.

Die Unruhen in Marokko. Fez, 12. September. Gestern fand ein Angriff der Regierungstruppen auf den Stamm Zernam in der Nähe von Mekinez statt. Die Truppen des Sultans erbeuteten eine Menge Waffen und Munition. Die übrigen Stämme haben sich infolge des Sieges der Regierungstruppen unterworfen und die Oberhoheit des Sultans anerkannt. — Der Sultan läßt den Tod seiner Mutter offiziell bekannt machen. —

Zur Entschädigungsfrage wird aus Johannesburg amischerseits erklärt, daß die drei Millionen Pfund, welche durch Artikel 10 des Friedensprotokolls garantiert werden, dem Reichs-Schatzamt, nicht der Verwaltung der neuen Kolonien zur Last fallen sollen. Eine weitere Summe von zwei Millionen, welche in gleicher Weise auf das Reichschatzamt übernommen werden soll, soll zur Entschädigung von britischen Unterthanen, von Ausländern, welche sich keines Bruchs der Neutralität schuldig gemacht haben, und für die Eingeborenen beider Kolonien verwendet werden. Diese Summen sind unabhängig von den Entschädigungszahlungen der Militärbehörden.

Daß eine Entschädigung von 3 Millionen Pfund an die wirtschaftlich ruinieren Boeren viel zu gering ist, liegt auf der Hand. Die Boeren selbst bezifferten ihre Verluste auf das Zwanzigfache, und selbst englische Schätzungen veranschlagten sie auf 30 Millionen Pfund. Diese letztere Schätzung wenigstens wird man so weniger übertrieben finden, wenn man bedenkt, daß namentlich in den letzten Zeiten des Krieges nicht nur sämtliche Vieh den Boeren fortgetrieben, sondern auch die Farmen systematisch verwüstet worden sind. England würde unling handeln, wenn es nicht wenigstens die Existenz sämtlicher Boeren sicherstellen würde. —

## Der Kongreß der italienischen sozialistischen Partei.

Imola, den 8. September 1902. (Fig. Ber.)

Ferri schlägt vor, daß zunächst über die von ihm eingebrachte Resolution abgestimmt werden solle, und, wenn diese gefallen sei, über die Resolution Bonomi.

Dem wirft er nochmals die Kardinalfrage auf. Existieren die beiden Tendenzen oder nicht? —

Es sei absurd und unlogisch anzunehmen, daß die Tendenztheorie nur von den sozialistischen Klubs angebracht sei, da diese Frage doch seit einem Jahre die Gemüter in ganz Italien aufrege und bei jeder Gelegenheit hervordrehe. Sie seien das natürliche Produkt der geschichtlichen Entwicklung der Partei. Man müsse der Wahrheit ins Auge sehen und eingestehen, daß, wenn eine der beiden Tendenzen die Alleinherrschaft erlange, eine Spaltung unvermeidlich sein würde.

Sie werden auch nicht nur durch die Verschiedenheit des Temperaments bestimmt, — denn sonst könnte man ja ebenso gut sagen, daß konservative und sozialistische Ansichten nur vom Temperament abhängen. Vielmehr liege der Unterschied an der Verschiedenheit der Gegenden. In Nord-Italien sei Industrie und Volksbildung bei weitem mehr entwickelt als im Süden, man brauche nur zu bedenken, daß im Norden 1115 sozialistische Klubs beständen, im Süden dagegen nur 112.

Er predige nicht etwa deshalb das AVE in Italien, weil er die aktuellen Bedürfnisse des Proletariats nicht begriffen habe. Die beiden Tendenzen sollten gemeinsam arbeiten, statt dessen würden aber diejenigen, welche Propaganda für das sozialistische Evangelium machten, verächtlich behandelt. (Starker Beifall.) Auch der revolutionäre Beschäftigte sich mit Organisation des Proletariats, aber allein mit einem Etüchen Wort mehr am Tage erreiche man das Ziel nie. Auf dem Handarbeiter-Kongreß in Bologna hätten die Reformierten es nicht gebilligt, daß die Intransigenten dem Verlangen nach Sozialisation des Grund und Bodens Ausdruck gaben, ja sie hätten sich nicht einmal der Resolution Gatti angeschlossen, die die Hoffnung ausgesprochen habe, daß später einmal die Arbeitskammern sich der sozialistischen Partei anschließen möchten.

Es sei gewiß leichter, die Arbeiter zu organisieren, ohne ihre Vorurteile zu verletzen, er sei aber der Meinung, daß man offen Farbe bekennen müsse, und daß die jetzige vorherrschende rein-ökonomische Richtung wieder geändert werden müsse. Wohin die ökonomische Organisation führe, und was man mit ihr erreiche, das habe man bei den Bauernaufständen in Sizilien gesehen, wo die Bauern niedergemetzelt wurden, trotzdem sie „Es lebe der König!“ riefen. Und was sei aus dem australischen und englischen Proletariat geworden? Der Kongreß der Trades-Unions sei vom Priester geeignet worden, und das Volk habe für den Krieg gegen die Boeren gestimmt.

In Italien sei vor zwei Jahren de Marinis, der zum Begründer des Königs Humbert erschienen war, aus der Partei ausgeschlossen worden. Jetzt aber habe man sagen hören, daß ein Ministerwechsel wichtiger sei als der Wechsel einer Regierungssystem, ja man habe sogar sozialistische Deputierte auf den Bankeiten der Minister gesehen (Verenini und Albertini).

Wenn man der Bourgeoisie einen Fragebogen vorlegte, würde sie sicher die reformistische Partei vorziehen. Beide Tendenzen müßten sich in die Arbeit zur Erreichung des Sozialismus teilen. Schon jetzt herrsche Intransigenz vor, wo einmal der Versuch eines Bündnisses mit bürgerlichen Parteien gemacht sei, aber alle müßten erst die Erfahrung machen, daß Einigung nicht möglich ist zwischen Parteien, die die heutige Macht aufrecht erhalten wollen, und der, die erobern will.

Bonomi sage in seiner Resolution, daß man mit allen Parteien Bündnisse schließen könne. In Mailand habe man die jetzige Stadtverwaltung durch ein Bündnis durchgegriffen, aber die erwarteten Reformen seien bis heute nicht ausgeführt und man habe sich gegenseitig eingeschläfert. Auch die Disziplin leide, denn in Mailand z. B. habe sich eine Zeitung für sozialistisch erklärt („Il Tempo“), ohne auch nur die Parteilosigkeit um Erlaubnis zu fragen.

Wenn er seiner Zeit für das Verhalten der sozialistischen Partei gegen die Regierung die Formel „Halt für Halt“ aufgestellt habe, so müsse er sie jetzt zurückgeben, denn die Reformisten hätten sie so gedeutet, daß sie „Halt nach Halt“ für das Ministerium gestimmt hätten.

Seine Rede sei wenig theoretisch und sehr praktisch gewesen, da er seine Meinung an Beispielen erläutern müsse. Er habe niemand

beleidigen wollen; wenn er Namen genannt habe, sei das nicht aus Feindseligkeit geschehen, sondern um die Genossen von dem falschen Wege abzulenken, der sie weit von dem ersehnten Ziele abbringen würde. (Starker Beifall.)

Es folgen nun einige persönliche Bemerkungen. Zunächst verwohrt sich Arturo Labriola gegen die Vorwürfe Turatis, daß er nicht in die sozialistische Partei hineingehöre. Auch er lege auf politische Reformen weniger Wert als auf ökonomische, er habe nur sagen wollen, daß in Italien die Interessen der Konservativen mit der Monarchie verknüpft seien.

Filippo Turati: Er habe nie für Neutralität der Genossenschaften plädiert. Auf den Vorwurf, daß Sozialisten in den Arbeitskammern nicht sprechen dürften, sage er nur, daß in Mailand die Sozialisten im Gegenteil beinahe die Arbeitskammern erobert hätten.

Bertoli-Brescia erklärt, daß sie, um die Arbeitskammer aufrecht zu erhalten, ein Bündnis mit den Janardellianern geschlossen, aber gleichzeitig für den Sozialismus Propaganda gemacht hätten.

Claudio Treves erklärt sich der Indisziplin schuldig, daß er die Umwandlung seiner Zeitung nicht der Parteidirektion angezeigt habe, aber das Bedürfnis für die Zeitung sei in Oberitalien schon lange empfunden worden, und so bestehe seine einzige Schuld darin, daß er für den Sozialismus gekämpft habe.

Nun folgt die namentliche Abstimmung über die Resolution Ferris, die unter großer Unruhe über zwei Stunden lang dauert. Das endgültige Resultat ergibt für die Resolution Enrico Ferris 279 Stimmen, gegen die Resolution 456 Stimmen und 14 Stimmenthaltungen.

Ivano Bonomi erklärt, daß er in seiner Resolution noch zwei Zusätze im Sinne der Resolution Sichel gemacht habe. Daraufhin wird über seine Resolution durch Handheben abgestimmt und diese mit großer Mehrheit angenommen. Es erhebt sich Protest der Intransigenten, aber Enrico Ferris ergreift das Wort. Er sei mit der Abstimmung über Erwarten zufrieden gewesen; daß die revolutionäre Tendenz in der Minderheit sei, sei klar, und auch eine nochmalige namentliche Abstimmung würde an diesem Resultat nichts ändern. Er fordere deshalb alle auf, um der Einigkeit der Partei willen der Resolution Bonomi beizustimmen. (Allgemeiner Beifall.)

Daraufhin wird zu der Diskussion über die Parteilosigkeit und ihre Tätigkeit übergegangen.

Aus einem vorgelegten Bericht geht hervor, daß die Partei-Organisationen sich außerordentlich entwickelt haben. Sie besäßen aus 1936 Sektionen mit 51 415 Mitgliedern innerhalb des Königreichs und 49 Sektionen mit 1708 Mitgliedern im Ausland (Frankreich, England, Deutschland, Schweiz). Die Partei hatte im Jahre 1896 nur 442 Sektionen mit 19 121 Mitgliedern!

Giovanni Verda bringt einen Antrag ein, die nicht mehr den gesteigerten Anforderungen genügende Parteilosigkeit durch Vertrauensmänner im Sinne der deutschen Organisation zu unterstützen. Dieser Vorschlag findet indes wenig Anklang. Turati bringt sodann den Antrag ein, daß die Parteilosigkeit ganz abgeschafft werden möge, daß man sich ganz nach Belieben vereinigen und Zertrünnern gründen dürfe, ohne Rücksicht auf die Tendenz. Es wird nun zunächst über die Abschaffung der Parteidirektion abgestimmt durch Abgabe der Einloskarten, und so ergibt sich Stimmen-gleichheit, 226 Stimmen sowohl für als gegen den Antrag. Darauf zieht Turati seine Resolution zurück mit der Begründung, daß eine so wichtige Veränderung in der Partei-Organisation nur durch eine große Mehrheit bestimmt werden dürfe.

Enrico Ferris betont, daß die Stimmengleichheit ein gutes Vorzeichen für die stetig wachsende Einigkeit der Partei sei. Er schläge vor, man möge 7 Glieder ernennen für eine Kommission, welche die augenblicklichen Schäden der bestehenden Parteilosigkeit durchsprechen möge, denn wenn man auch den jetzigen Zustand beibehalten wolle, so sollten damit doch nicht zugleich auch die Mängel bestehen bleiben. (Beifall.)

Durch Handheben wird diese Resolution angenommen.

Andrea Costa erklärt, daß die Parteilosigkeit folgendermaßen neu zusammengefaßt sei: aus den Deputierten Bertesi, Turati, Ferris, Chiesa, Costa, den Universitäts-Dozenten Soldi und Longobardi sowie dem Bauernbundes-Sekretär Veganzani. Parteilossekretäre sind Alessandri, Verda, Parazzani.

Es folgt eine Diskussion über das Zentralorgan „Avanti“, nach der eine den Chefredakteur keine Schranken auferlegende und sein Verhalten billigende Resolution mit großer Stimmenmehrheit angenommen wird.

Nachdem noch eine Protestresolution gegen den in Italien immer noch bestehenden Zwangswohnsitz sowie eine Resolution Labriola, den Kongreß mindestens alle zwei Jahre abzuhalten, einstimmig, und eine Resolution Cabrinis, auf dem nächsten Parteitag eine Resolution gegen den Alkoholismus einzubringen, mit großer Mehrheit angenommen war, schließt Andrea Costa ziemlich wider Erwarten um 8 Uhr den Kongreß in der ihm eigenen bezüglichen Weise, indem er sagt, Imola schäme sich glücklich, zu der nunmehr geführten Einheit der Partei beigetragen zu haben.

Hierauf nehmen noch Turati und Ferris das Wort. Beide schützten aus, sie verließen Imola froher, als sie gekommen. Wenn auch in Zukunft etwa eine Meinungsverschiedenheit entstehen könne, sicher sei, daß sie sich nicht mehr so zuspitzen würde wie früher.

## Partei-Nachrichten.

Reichstags-Kandidaturen. Es kandidieren: Für Reichstags-Kreis Genosse A. Z. Biele; für den 8. hannoverschen Kreis Genosse Vren; für Schwelm-Bezirk Genosse Feldmann; für den 8. badischen Kreis Genosse Theodor Luß.

Die festsitzenden Weigler. Die Nr. 210 unseres Blattes ist einem unter Abkommen in Verfall vom dortigen Zeitungs-Polizisten vorenthalten worden. Die aus der ihm zugestellten amtlichen Benachrichtigung hervorhebt, nimmt man Anstoß an einer in der Nummer enthaltenen Lotteriekündigung. Es handelt sich um das kleine Inserat von der sog. „Wohlfahrts-Lotterie“. Ob die Herren in Verfall moralische Bedenken gegen eine Lotteriekündigung haben oder ob andre Gründe vorliegen, ist uns nicht recht klar geworden. Wenn man an die belgischen Spielhöfen denkt, so kann man zu der Meinung kommen, daß die demgegenüber ziemlich unschuldige Wohlfahrts-Lotterie in Belgien doch nicht allzu bedenklich erscheinen kann. Jedenfalls ist der „Vorwärts“ nicht die einzige in Belgien eingehende auswärtige Zeitung, die Lotteriekündigungen enthält. Sollen die jetzt alle angehalten werden?

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen war der Genosse K. A. S., Redakteur des „Volksblattes für Harburg“ angeklagt. Das Verbrechen sollte verübt sein durch einen Artikel über die Arbeitslosigkeit in der letzten Liefernummer des Blattes. In dem Artikel waren die Strafverordnungen gegen die Bettel- und Landstreicherliteratur kritisiert worden. Auch war wegen dieses Artikels bereits zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden, das Reichsgericht hatte indes das Urteil aufgehoben und die Sache zurückverwiesen. In der neuen Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Lüneburg wurde K. A. S. kostenlos freigesprochen, weil in dem Artikel keine Verächtlichmachung gefunden werden konnte.

## Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 12. September 1902.

Nachdem die in den letzten Wochenberichten geschilderten Gouffes-Aktiven der jüngsten Spekulation nach anfänglichen Erfolgen schließlich an der Zurückhaltung des sogenannten „Privatpublikums“ gescheitert sind, ist in die Hallen an der Burgstraße wieder die alte „Geschäftsunlust“ eingezogen, so daß, wie vor dem Auftrittsbeispiel der letzten Wochen, mehrfach für leitende Bank- und Montanwerte keine Anfangskurse notiert werden konnten, und es auch im weiteren Verlauf der Börse oft nicht

an langen Zwischenpausen fehlte, in denen aus Mangel an Umsätzen die Kurse unbeweglich auf ihrem Stand verbarren. Selbst die Nachrichten der „Reinisch-Westfälischen Zeitung“, die Produktionsbeschränkung des westfälischen Coalsyndikats habe im August nur 23,2 Proz. betragen gegen 27,9 Proz. im Juli und 27,6 Proz. im Juni vermochte ebenso wenig, wie der günstige Bericht der Monats-Versammlung dieses Syndikats und die Meldung von einem regeren Kohlenablaß der schlesischen Gruben, den Anstieg der Kohlenaktien nennenswert zu erhöhen; und auf die Hüttenaktien blieben alle diese Nachrichten erst recht ohne Einfluß, obgleich günstige Meldungen vom Kohlen- und Coalsmarkt sonst gewöhnlich auch auf den Eisenaktienmarkt anregend wirken. Zeitweise versuchte zwar die Spekulation in schöner Erinnerung an ihre jüngsten Erfolge in einzelnen bevorzugten Papieren wieder kleine Treiberien zu inszenieren, vornehmlich in Berliner Strohhalm-Aktien, Dresdener Bankaktien und den als Spekulationspapier par excellence geltenden Laurabütten-Aktien; doch brachten sie es nur bei dem erfigenannten Papier zu einer in Betracht kommenden Kurssteigerung. Ihre andern Ertragsleistungen haben sich als bloße Eintags-Erfolge erwiesen, die bereits heute durch die Abschwächung, welche die weitere Verfestigung des New Yorker Geldmarktes auf fast allen Gebieten hervorrief, mit hinweggeschwemmt wurden. Da eigentliche halbwegs plausible Gründe für die Attiden fehlten, mußten wieder einmal zur Begründung der Nachfrage die kuriossten Vorwände herhalten. So wurde gestern als Grund für die Käufe von Laurabütten auf die am 24. September stattfindende Abschließung der Verwaltung hingewiesen, die wahrscheinlich die Konstatierung einer Besserung der Geschäftslage bringen werde, und da diese Begründung in ihrer hypothetischen Fassung doch gar zu naiv erschien, wurde zur Ergänzung auf die vom „Iron Age“ ausgewärmte, alte bekannte Nachricht zurückgegriffen, daß deutschen Walzwerken eine Schienenlieferung für die Soudischen Bahnen übertragen sei. Derartige Gründe sind wirklich noch wohlfeiler als saure Brombeeren, aber auch noch geringer an Qualität.

Daß unter dem Einfluß dieser neuerwachten „Geschäftsunlust“ trotz der zeitweiligen besseren Meldungen vom Londoner Aktienmarkt und trotz allerlei Stimulierungsversuchen die Kurschwankungen sich in den bescheidensten Grenzen hielten, brought kaum noch erst hinzugefügt zu werden. Bankaktien haben sich gehalten, während Bahn-Aktien (mit Ausnahme der amerikanischen) und Kohlen- und Hütten-Aktien meist Abstriche erlitten haben. Ein Auf- und Ab-Bewegungsspiel, das in seiner Zufälligkeit für die Richtung der Wirtschaftsbewegung völlig belanglos ist und nur insofern eine gewisse Bedeutung verdient, als es zeigt, wie wenig sich die Börse in den verschiedenen einander durchkreuzenden Strömungen zurechtfindet.

Im Gegensatz zu dieser Geschäftsunlust auf dem Aktienmarkt steht die Nachfrage nach fremden Rentenpapieren, die in vergangener Berichtswoche vielfach eine derartige Ausdehnung erreichte, daß man fast von einer Renten-Heißhagg sprechen konnte. Türkei, Argentinien, Spanien, Ungarn, Serbien, Portugalien, Rumänien, Chile: alle Rentenwerte fanden zu steigenden Kursen Abnahme. Wie die schwache Haltung der einheimischen Anleihepapiere beweist, deren Kurs teilweise sogar etwas zurückgegangen ist, stehen die Festiger ihre niedrig verzinslichen deutschen Werte ab, um dafür höher verzinsliche ausländische Rentenpapiere zu kaufen, die ihnen jetzt von allen Seiten angepriesen werden. Denn da für die großen Banken vorerst in Anbetracht der Lage des Industriemarktes industrielle Gründungen nicht in Betracht kommen, scheinen sie zur besseren Verzinsung ihrer Kapitalien sich wieder in stärkerem Maße auf das auswärtige Anleihegeschäft werfen zu wollen, — und an Laßt zu Konvertierungen und neuen Anleihen fehlt es den meisten der kleineren und mittleren überschuldeten Staaten ebensoviele, wie den Banken an den nötigen Mitteln, das lauffähige Publikum, das gern höhere Zinsen einfordern möchte, als ihm die deutschen und preußischen Anleihen bieten, für die fremden Rentenwerte zu interessieren. Nicht charakteristisch ist in dieser Hinsicht, daß, während noch vor wenigen Wochen aus Anlaß der Erlasse der rumänischen Regierung gegen die jüdischen Handwerker in einem Teil der Böhmenpreise Rumänien als der wildesten Barbarei verfallen hingestellt wurde, man neuerdings bald hier bald dort die verschiedenartigsten Notizen über den Landesrückgang, die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung und die überreichliche diesjährige Ernte des „Kulturvolks“ der Rumänen findet.

Bei dieser Renten-Hausse übernehmen nacheinander die verschiedenartigsten Papiere die Führung. In der vorigen Woche standen die türkischen Werte im Vordergrund, für die das Zustandekommen einer Vereinigung der deutschen Festiger türkischer Papiere unter Leitung der Deutschen Bank eine prächtige Propaganda machte, da sie eine energische Vertretung der deutschen Interessen bei den schwebenden Konversions-Verhandlungen in Aussicht stellte. Dann rückten die Spanier an die Spitze, zu deren Gunsten es hieß, daß das Pariser Haus Rothschild und der Credit Anouais eine Anleihe zum Zweck der Regulierung der spanischen Finanzen übernommen hätten. Doch durch die in diesen Papieren während der letzten Tage vorgenommenen Realisationen sind auch sie wieder zurückgedrängt und die Führung haben die Argentinier übernommen, in welchen sich gestern eine förmliche Steptle-Chale entwickelte. Weht der Trübel so weiter, übernehmen demnächst vielleicht noch gar die chilenischen Rentenpapiere die Führung. Begreiflich ist, daß mancher, der ein kleines Kapitalchen ererbt oder erworben hat, durch den höheren Zinsgewinn bewegen, den Lotungen folgt, doch wird nicht wenigen von diesen ihre Begierde nach höheren Zinsen noch später arge Kopfschmerzen bereiten.

Nicht lehrreich ist die Haltung des Organs des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der „Deutsche Industrie-Zeitung“, zu der Anti-Kartellbewegung, zumal sie zu den augenblicklichen Verhandlungen des Juristentages über die Kartellfrage eine Art Ergänzung liefert. Als das Wichtigste Gutachten über das Kartellproblem zuerst bekannt wurde, widmete ihm die „Industrie-Zeitung“ einen längeren Artikel, in dem sie sich zwar mit der Wichtigsten Warnung vor sogenannten geistreichen Schritten gegen die Kartelle einverstanden erklärte, gegen seine Forderung einer Stärkung der Arbeitervereine und Konsumgenossenschaften und der Veröffentlichung der Kartellstatuten aber allerlei einzuwenden hatte. Doch nicht hierin liegt das Charakteristische, sondern in der Begründung, mit welcher sie trotz aller offensichtlichen Zurückhaltung über die vorausgesetzliche „Juristerei“ des Juristentages und ihren Erfolg urteilt.

„Professor Baentig“, heißt es in dem Artikel, „steht als Vorkämpfer überhaupt auf dem Standpunkt, daß es irrig wäre, den entscheidenden Erfolg allein von geistreichen Schritten zu erwarten, die höchstens als Teile und im Rahmen eines ganzen Systems volkswirtschaftspolitischer Maßnahmen mannigfacher Art zur erwünschten Geltung kommen könnten. Es kennzeichnet die Unsicherheit des einseitigen juristischen Standpunktes wirtschaftlichen Vorgängen gegenüber, wenn das Gutachten ausführt, daß schon in Rücksicht auf den internationalen Wettbewerb und auf unsere leider noch immer mangelhafte Kenntnis der einschlägigen Tatsachen man sich vor der Hand wenigstens alles stürmischen Eingreifens in den natürlichen Entwicklungsgang zu enthalten und sein Augenmerk darauf zu richten hätte, die Selbsthilfe der in Mitleidenschaft gezogenen Kreise anzuregen und zu befruchtigen. Die Juristen werden an dieser volkswirtschaftlichen Auffassung, die ihnen fast gar nicht zu thun giebt, wenig Freude haben, und es wird sicherlich am Juristentag nicht an Stimmen fehlen, welche der Juristerei wieder zu ihrem Rechte verhelfen wollen, wenn auch solche Bemühungen nur geringen Erfolg haben werden.“

Dagegen wandte die „Deutsche Industrie-Zeitung“ sich schon vor einiger Zeit, als der russische Finanzminister Witte die Frage internationaler Wohnnahmen gegen die Preispolitik der Kartelle und Syndikats anregte, energisch gegen die vom Reichstags-Abgeordneten Ed. Bernstein in der Postarbeits-Kommission gestellten Anträge, die bekanntlich eine Aufhebung der Rölle an die von kartellierten Industriezweigen produzierten Waren fordern, wenn die betr. Kartelle diese Waren auf

den Auslandsmärkten zu billigeren Preisen anbieten, als auf dem Inlandmarkt. Und ebensowenig will sie in ihrer letzten Nummer von den Gutachten jener Handelskammern wissen, die als das unter den jetzigen Verhältnissen wirksamste Mittel gegen die Preisstreiberien der Kartelle nicht allerlei Gesegensparagraphe, sondern eine entsprechende Zoll- und Handelspolitik empfehlen. Besonders das bereits früher im "Vorwärts" mitgeteilte Urteil der Kieler Handelskammer hat das Blatt des Centralverbandes deutscher Industrieller verschmüpft, denn es antwortet darauf:

Wie wenig Aussicht ein zollpolitisches Vorgehen bei uns hat, haben zunächst die Verhandlungen der Zolltarif-Kommission bewiesen. Aber die Kartellfrage beschäftigt nicht nur Deutschland, sondern auch die andern schutzollnerischen Länder, und zwar solche mit sehr viel höheren Zöllen als die unsrigen. Ehe diese daran denken, ihre Zölle zu erniedrigen, können auch wir die Grundlage unseres gewerblichen Schutzes nicht preisgeben. Aber es giebt auch Kartelle unter der Herrschaft des Freihandels, und in Großbritannien ist die Kartellfrage im Vordergrund der wirtschaftlichen Erscheinungen. Allem Anscheine nach würde also auch die Zollpolitik kaum ausreichen im Kampfe gegen die Kartelle."

Es ist richtig, die Anträge der sozialdemokratischen Mitglieder der Zolltarif-Kommission sind leider abgelehnt worden, und ebenso richtig ist, daß es auch im freihändlerischen England Kartelle giebt. Doch ist ihre dortige Anzahl beschränkt und von derartigen Preisstreiberien, wie sie bei den deutschen Kartellen und in noch stärkerem Maße bei den amerikanischen Teufeln fast zur Regel geworden sind, ist bisher nur in vereinzelten Fällen etwas bekannt geworden. Zudem aber zeigt die "Deutsche Industrie-Zeitung" durch die nicht mißzuverstehende nonchalante Ironie, mit der sie von der Juristerei des Juristentages spricht, und durch die heftige Zurückweisung, die sie den sozialistischen Anträgen und dem Kieler Gutachten angedeihen läßt, selbst am besten, wo sie die größte Gefahr für ihre Schlinglinge, die Kartelle, erblickt. Und daß sie in dieser Hinsicht als Kennerin der Verhältnisse gelten darf, beweist der Ausgang, den die gestrigen und heutigen Verhandlungen des Juristentages über die Kartellfrage genommen haben.

Tat.

## Aus Industrie und Handel.

**Am New Yorker Geldmarkt** steigt die Versteifung. Schon in voriger Woche sind in verschiedenen Fällen bis zu 7-8 Proz. Zinsen für sogenanntes tägliches Geld und Darlehen auf kurze Zeit bewilligt worden, und in den letzten Tagen sind sogar die Geldsätze bis auf 11 Proz. gestiegen. Die Folge ist, daß der Schatzsekretär Shaw, der schon vor einiger Zeit die vereinigten Nationalbanken aufgefordert hatte, weitere Banknoten auszugeben, um die Umlaufmittel zu vermehren, jüngst an die Banken die Drohung gerichtet hat, ihnen die staatlichen Depositionen (Einlagen) zu entziehen, falls sie nicht ihre Notenausgabe vermindern. Auf die Entschüpfung, die dieses Vorgehen in der Pochschau hervorgerufen hat, ist jedoch bereits der Rückzug Shaws, bekanntlich eines Heißspornes des amerikanischen Imperialismus, erfolgt; denn aufrichtig irgend welche Anstalten zur Durchführung der Drohung zu treffen, hat das Schatzamt im Gegenteil beschlossen, die Regierungsdpositionen bei solchen Banken zu erhöhen, welche ihre Notenausgabe vergrößern. Ferner soll nach Mitteilungen an der New Yorker Börse das Schatzamt gewillt sein, die im Oktober fälligen Zinsen der Staatsbonds schon in nächster Zeit auszugeben.

Die Ursache der Zurückhaltung der Banken bei der Notenausgabe ist, daß sie gefürchtet den vollen Betrag der von ihnen in Umlauf gesetzten Noten durch Hinterlegung von Regierungsbonds (Staatsobligationen) sicher stellen müssen; daß aber wegen des hohen Kursstandes dieser Bonds, der bei erhöhter Nachfrage natürlich noch weiter steigen würde, sich die Notenausgabe bisher als wenig rentabel erwies. Erhalten sich die Geldsätze auf der Höhe der letzten Tage, dann ändert sich dies allerdings.

Der "Voss. Ztg." wird dazu geschrieben: Mit der angeregten Berggrößerung des Notenumlaufs seitens der nationalen Banken ist es nun aber eine eigene Sache. Der Schatzsekretär hatte bemängelt, daß nur für 338 Millionen Dollar Noten freiert seien, während die nationalen Banken zum vollen Umlauf ihres 700 Millionen Dollar betragenden Aktienkapitals zur Notenausgabe berechtigt seien. Die Schwierigkeit liegt aber in der Beschaffung der Bonds, die zum vollen Kennwert der Noten hinterlegt werden. Der gesamte Bondsumlauf am 30. Juni d. J. stellte sich aber nur auf 931 070 840 Dollar; so daß selbst, wenn die Banken die Bonds nicht kaufen, sondern wie vielfach geschieht, zum Zwecke der Notenausgabe leihen, die Beschaffung derselben die größten Schwierigkeiten bietet und den Kurs so treiben würde, daß die Banken schwere Verluste erleiden müßten. Die 4- und 5proz. Bonds stehen so hoch im Kurse, daß sie kaum in Frage kommen; hinterlegt werden fast ausschließlich 2proz. Bonds; aber von diesen waren am 30. Juni überhaupt nur 445 940 750 Dollar im Umlauf. Es ist bemerkenswert, daß diese Bonds nur deshalb den hohen Kurs von 108 Proz. haben, weil die Eigner von den Banken an Leihgeld bis 2 Proz. auf die Noten zeitweilig erhalten, so daß sie außer den 2proz. Zinsen leicht 1-1/2 Proz. jährlich an Leihgeld gewinnen können.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

**Achtung, Metallarbeiter!** Der "Arbeitsnachweis" der Kuhnemänner in der Gartenstraße ist geschlossen. Das ist eine Maßnahme, die zwar unscheinbar aussieht, aber doch von großer Tragweite ist. Wir halten es nicht für angebracht, heute schon all die Möglichkeiten zu erörtern, die durch die Schließung des Nachweises ins Auge gefaßt werden müssen. Im Jahre 1897 sind die Eisenformer durch diese Maßregel in den Generalstreik getrieben. Auch damals war es Vorsig, der den Anstoß zu dem Vorgehen der Kuhnemänner gab. Nun, wenn die Herren glauben, uns auch diesmal durch ihren Schachzug in eine Zwangslage zu treiben, so irren sie sich gewaltig. Auf solch plumpe Manöver fallen wir nicht wieder herein. Die Herren müssen sich schon bequemen, selbst weitere Schritte zu thun. Wir nehmen eine abwartende Stellung ein.

Die Kuhnemänner haben den Nachweis in der Gartenstraße gesperrt. Wir haben Berlin für alle auswärtigen Metallarbeiter gesperrt.

Zug für Metallarbeiter aller Branchen nach Berlin ist streng fernzuhalten.

Arbeiterfreundliche Blätter eruchen wir um Nachdruck.

Deutscher Metallarbeiter-Verband,

Oriensverwaltung Berlin.

**Die Bleiglasler, Messingglaser und Glasmaler** nahmen in der Freitag-Verammlung den Situationsbericht über den Stand ihres Streiks entgegen. Danach haben bis jetzt 15 Firmen bewilligt. Im Auslande befinden sich noch 90 Bleiglasler, 42 Messingglaser und 14 Glasmaler. Von letzteren werden noch im Laufe des Tages eine Anzahl weiterer Kollegen die Arbeit niederlegen. Von auswärtig sind den Streikenden Sympathie-Erklärungen zugegangen, gleichzeitig aber auch die Nachricht, daß die Berliner Arbeitgeber schwarze Listen in Umlauf gesetzt haben. Bemerkenswert ist die Thatsache, daß diejenigen Meister, die dem Arbeitgeber-Verbande nicht angehören, hier in Berlin kein Material (Glas, Messing usw.) bekommen können. Auch scheint noch in anderer Hinsicht ein Umschwung in der Gesinnung der Meister eingetreten zu sein. Letztere hatten nämlich an die Lohnkommission das Ersuchen gerichtet, zu der Verammlung der Streikenden eingeladen zu werden. Obwohl dies geschehen, war doch kein Meister erschienen. Einige der Herren teilten per Karte mit, daß sie nicht kommen könnten, vielmehr vertrieben sie die Streikenden an den Vorsitzenden des Arbeitgeber-Verbandes. Auf die Annahmen der Meister in bürgerlichen Blättern hin haben sich keine Arbeitswilligen eingefunden. Beschlossen wurde, fest zusammenzustehen, bis die Forderungen samt und sonders bewilligt sind.

**Der Verband der Glasereien und verwandten Gewerbe** macht seinen Mitgliedern folgenden Vorstandsbeschluß bekannt:

"Streikende Bleiglasler dürfen vorläufig überhaupt nicht, auch nicht zu den alten Bedingungen, wieder eingestellt werden."

Zugereifte Bleiglasler müssen unbedingt unseren Arbeitsnachweis (Schade, Markthstr. 10) passieren."

Beschlüsse sind ja leichter zu fassen als durchzuführen. Auch der vorstehende Beschluß wird den Streikenden nicht schaden.

**Zur Lohnbewegung der Baukempner.** Bis Freitagmittag hatten 92 Firmen die Forderungen der Gehilfen unterjähriglich anerkannt. Uebrig sind noch ca. 18 Firmen, von denen etwa 8 noch ernsthaft in Betracht kommen. Dieses für die Streikenden so außerordentlich günstige Resultat hält den Innungsvorstand jedoch immer noch nicht ab, hochtrabende Circulare zu versenden. So, er sucht laut Anschlag an den Liffahäulen Gehilfen zu 55 Pf. Stundenlohn (doch keinen Minimallohn), obgleich sich diese Höhe wirklich nicht bezahlt macht. Bis jetzt hat der Arbeitsnachweis in der Dresdenerstraße daraufhin nur ganze 2 Mann zu vermitteln vermocht von 7 Gehilfen, die sich dort meldeten, und von diesen ist einer in seinem ganzen Leben noch kein Baukempner gewesen, sondern hat bisher stets in der Westendbranche gearbeitet.

Um Jänner zu vermeiden, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Streik entgegen den Bekanntmachungen der Innungsmeister noch unbedeutend fortandert.

**Steinfeger, Plasterer.** In Wien sind bei mehreren Firmen Differenzen ausgebrochen. Um Fernhaltung des Zuguges wird gebeten.

**Gesellen-Ausschuß der Handwerkskammer zu Berlin.**

Der Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin hat eine ordentliche Sitzung der Vollversammlung einberufen zu Montag, den 22. September 1902, 10 Uhr vormittags im Sitzungssaal des Landeshauptes, Berlin W., Matthäikirchstr. 20/21.

Die Tagesordnung ist: 1. Erhaltung des Verichts über die Thätigkeit des Vorstandes seit der letzten Vollversammlung. 2. Rassenbericht, Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung. 3. Festsetzung der Dauer der Lehrzeit. 4. Ergänzung der Gesellenprüfungs-Ordnung.

Die Mitglieder des Gesellen-Ausschusses hiesiger Kammer sowie deren Stellvertreter sind durch den Unterzeichneten zu einer Vorbesprechung der Tagesordnung zum Sonntag, den 14. September, vormittags 10 1/2 Uhr, nach dem Gewerkschaftshause, Engel-Platz 15, hiermit eingeladen.

Herrn Vartel, O., Wühlensstr. 65.

**An die Arbeiter Nixdors** richtet die Agitationskommission der Barbiergehilfen das dringende Ersuchen, die Organisation dadurch fördern zu helfen, daß jedermann, wenn er ein Barbiergehäuf in Anspruch nimmt, die dort beschäftigten Gehilfen nach der gelben Kontrollkarte fragt, welche als Hinweis dafür dient, daß in dem betreffenden Geschäft geregelte Verhältnisse herrschen.

**Kleine Mitteilungen.** Als Obmann der Bauhilfer Berlin wurde seitens des Holzarbeiter-Verbandes Karl Döhling gewählt.

Deutsches Reich.

**Fabrikanten-, Ehre- und Arbeiter-Frivollität.**

Der "Fächgenosse", das Organ des Glasarbeiter-Verbandes, veröffentlicht ein Schreiben, welches der bekannte sozialdemokratische Führer der Glasfabrikanten, der Geh. Kommerzienrat F. C. Th. Hege kurz vor der Beendigung des vorjährigen Generalstreiks der Glasfabrikanten an die Mitglieder des Fabrikantenringes erlassen hat.

Herr Hege stellt in seinem Schreiben Betrachtungen an über die damalige Lage des Streiks, er bezeichnet dieselbe als günstig für die Fabrikanten und giebt der Erwartung ihres baldigen Sieges Ausdruck. Zum Schluß schreibt Herr Hege:

"Wollen wir unser Ziel aber voll und ganz erreichen, dann müssen wir die gemeine und niederträchtige Frivolität der Glasmacher auch ganz andrücken, indem wir sie so lange wie möglich zappeln und hungern lassen. Führen wir den Streik nicht ganz zu Ende, dann haben wir doch eine neue Auflage der besessenen Konjunktur in der Industrie wieder zu erwarten, die Durchführung des Streiks besteht aber darin, daß kein Glasmacher wieder aufgenommen wird, der im Fabrikanten zahlendes Mitglied ist."

Es wird noch Gelegenheit genug werden, den Arbeitern pekuniäre Opfer bringen zu müssen; leider ist jetzt wieder eine ganze Flut von Humanitätsgelehrten in Sicht, die lassen Sie uns wenigstens die Nacht über die Arbeiter behalten, geben wir auch diese fort, dann behalten wir nur den Namen, aber nicht die Ehre eines Industriellen."

Daß die im Ringe vereinigten Glasfabrikanten zu den ärgsten Feinden der Arbeiterorganisation gehören, ist nicht neu. Ihre brutalen Maßnahmen gegen die organisierten Glasarbeiter sind während des Streiks, sowie nach demselben hinlänglich bekannt geworden. Aber mit so brutaler Offenheit und mit so humanitärer Form, wie es in dem Schreiben des Geh. Kommerzienrats Hege geschieht, sind die arbeiterfeindlichen Absichten der Unternehmer selten dargestellt worden.

Es ist doch der Gipfel der Unverschämtheit, wenn es die Fabrikanten als "Ehrensache" betrachten, die Arbeiter niederzuzwingen, sie recht lange zappeln und hungern zu lassen, während man es als "Frivollität" bezeichnet, wenn die Arbeiter von ihrem Recht, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, Gebrauch machen.

**Der Verband der Verwaltungsbeamten der Orid-Krankenkassen und Berufsge nossenschaften** hielt am 10. d. Mts. in Hannover seinen Verbandstag ab. Es kam zu langer und lebhaften Debatten zwischen den beiden Richtungen innerhalb des Verbandes. Die eine, welche die Mehrheit der Mitglieder zur Zeit noch hinter sich hat, möchte, wie es nach dem uns vorliegenden Bericht erscheint, dem Verband den Charakter eines Beamtenvereins geben. Die Vertreter dieser Richtung blühen deshalb für sorgfältig nach "oben", und sind ängstlich bemüht, sich den Behörden als allzeit zufriedene loyale Leute zu zeigen, die sorgfältig alles vermeiden, was man höheren Orts als sozialdemokratische Bestrebungen ansehen könnte. Auf dieser Seite steht auch der Vorsitzende Prinz-Kotbus. Die andere Richtung, die noch in der Minderheit befindliche Opposition, tritt dafür ein, daß der Verband in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder nach Art der modernen Gewerkschaften vertreten soll. Als Ausfluß dieser Bestrebungen lag dem Verbandstage ein Antrag auf Anschluß des Verbandes an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vor, der aber nach lebhaften Debatten mit 16 gegen 10 Stimmen abgelehnt wurde. Die Vertreter der Mehrheit wollten, wie ein Redner sagte, keinen "sozialdemokratischen Zug" in den Verband bringen. Angenommen wurde ein Antrag, die Aufnahme in Zukunft auch auf die Beamten der Innungs- und freien Hilfskassen, mit Ausnahme der nicht berufsmäßig thätigen Kassenbeamten, auszudehnen.

Die scharfe Kritik der Haltung des Verbandsvorsitzenden Prinz hatte diesen so arg mitgenommen, daß er auf eine Wiedertwahl hinwies als Vorsitzender wie als Redacteur verzichtete; namentlich schmerzte es ihn, daß seine Freunde ihn nicht herausschauten; seinen "prinzipiellen Gegnern" nahm er die Vertretung ihrer Anschauungen weniger übel. Und so wurde dann der scharfste Gegner des bisherigen Vorsitzenden, Siebel-Magdeburg, zum Verbandsvorsitzenden und Wendland-Magdeburg zum Redacteur des Verbandesorgans gewählt. Als Vorsitzender des Ausschusses wurde Ulrich-Frankfurt a. M. bestimmt, und als Schatzmeister wurde Fahr-Leipzig einstimmig wiedergewählt. Leipzig wurde auch als Sitz des Verbandes bestimmt. Der nächste Verbandstag soll in Dresden abgehalten werden.

Rußland.

**Die Grubenarbeiter im Loirebassin** haben mit 1011 gegen 85 Stimmen beschlossen, in den Generalstreik zu treten.

**700 Hosenarbeiter in Triest freilassen.** Infolge dessen ist — ob es notwendig war weiß man nicht — die Garnison um zwei Bataillone verstärkt worden. Mehrere Personen sind verhaftet, jedoch wieder in Freiheit gesetzt worden. Da scheint man also wieder einmal ohne Grund verhaftet zu haben.

**Streiks in Belgien im Monat Juli.** Dem Arbeitsamt wurden zehn neue Streiks, umfassend 885 Streikende und 972 Personen, die indirekt zur Arbeitsruhe gezwungen waren, gemeldet. Der längste Ausfall dauerte 18 Tage; die meisten waren nach wenigen Tagen beendet. Nur in einem Falle brachten die Arbeiter alle ihre Forderungen durch, drei endeten mit einem Vergleich, in den übrigen unterlagen die Arbeiter.

## Sociales.

**Wichtig für Gastwirtsgehilfen** ist ein kleines Büchlein in Taschenformat, das soeben vom Verbande deutscher Gastwirtsgehilfen herausgegeben worden ist und von Hugo P o e y s ch (Dirlsenstr. 30) verfaßt ist und verlegt wird. Es enthält die Bundesrats-Verordnung über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gastwirtsgegewerbe. Die Verordnung ist mit erläuternden Anmerkungen versehen, die das Verständnis der oft komplizierten Bestimmungen sehr erleichtern. Außerdem enthält es die preussischen Anweisungen über die Ausführung der Verordnung, ferner die Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Stubenweimer und Stellenvermittler und zuletzt einige Angaben über den Verband deutscher Gastwirtsgehilfen. Des keine Scherz, das nur 25 Pf. kostet, kann Gastwirtsgehilfen und auch Gastwirten sehr empfohlen werden, da es sie leicht über ihre Rechte und Pflichten auf diesen für das Gewerbe wichtigen Vorschriften orientiert.

**Ueber die Verbreitung der Wurmkrankheit in den Ruhrgruben** entnimmt die "Bergarbeiter-Zeitung" dem Bericht des Bochumer Knappschafsvereins die Angabe, daß 1901 bereits auf 63 Schachtanlagen 1029 Wurmkrankte festgestellt wurden. In der Zeit von Oktober 1896 bis Ende 1897 wurden sämtliche Rechen revidiert und dabei festgestellt, daß nur auf 28 bez. 30 Rechen 125 Wurmkrankte vorhanden waren. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß 1901 nicht einmal alle Rechen revidiert wurden, kann man also fast eine Verzehnfachung der Krankenzahl in der kurzen Zeit annehmen. Entgegen der Behauptung des Knappschafsvereins, daß die Arbeiter vielfach Schuld seien an der Ausbreitung der Seuche, indem sie die Abortanlagen nicht reinigen, macht die "Bergarbeiter-Zeitung" darauf aufmerksam, daß auf vielen Rechen die vorgeschriebenen Abortanlagen fehlen, so daß die Arbeiter gezwungen sind, ihre Bedürfnisse in den Strecken zu verrichten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Die Fleischnot — eine vorübergehende Erscheinung.**

Düsseldorf, 12. September. (W. Z. V.) Bei dem anfänglich der Provinzial-Tierhau abgehaltenen Frühstück hielt der Minister v. P o d b i e l s k i eine Ansprache, in welcher er ausführte, daß von einer Viehnot in Deutschland, soweit Rinder und Schafe in Frage kommen, überhaupt keine Rede sein könne und das Anziehen der Schweinepreise eine vorübergehende, nämlich im Sommer eintretende Erscheinung sei. Wenn sie diesmal mit besonderer Schärfe hervortrete, so trage der Futtermangel im Laufe des Sommers, andererseits aber auch die Klagen eines Teiles der Presse über Fleischmangel, welches manche Landwirte zur Zurückhaltung veranlaßte, mit Schuld daran. Von einer erweiterten Oeffnung der Grenze für die Schweine-Ginfuhr könne aus diesen Gründen und andererseits wegen der Seuchengefahr keine Rede sein.

Am 9. d. M. schon in einer vom 1. Juli datierten, auf eine Eingabe der städtischen Körperschaften von Königsberg erteilten Antwort sagte der Minister: "Es sei zu erwarten, daß in nicht ferne Zeit die Schweinepreise einen normalen Stand erreichen werden." Das war am 1. Juli. Inzwischen sind aus allen Teilen des Reiches Nachrichten eingelaufen, die besagen, daß die Fleischpreise unerhört in die Höhe gegangen sind und daß dieser Zustand in der Hauptsache der hermetischen Abschließung — der ausländischen Vieheinfuhr geschuldet ist. Macht nichts. Der Minister weiß es besser.

Sollten die hohen Schweinepreise am 1. Juli in "nicht ferne Zeit" einen normalen Stand erreichen, so sind sie am 12. September "eine vorübergehende Erscheinung". Der Fleischwucher kann also weiter geißt werden. Wozu haben wir auch einen Minister des Bundes der Landwirte!

**Wäcker in Wien verhaftet.**

Wien, 12. September. (W. Z. V.) Heute wurde hier der Korrespondent einer Berliner Zeitung, Wäcker, verhaftet. Gegen ihn liegt ein rechtskräftiges Urteil des Landesrichters zu Berlin vor, nach dem Wäcker zu einer sechsmonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt ist. Außerdem liegen gegen ihn noch vier Haftbefehle vor wegen öffentlicher Beleidigung durch die Presse bezw. wegen Aufreizung gegen eine Religionsgemeinschaft.

**Der Krönungsprinz freigesprochen.**

London, 12. September. (W. Z. V.) Die Großjuror von Old Bailey erklärte heute, es läge kein Beweis für die Schuld des Prinzen von Praganza vor. Der Angeklagte ist somit freigesprochen.

**Zum Tode verurteilt.**

New York, 12. September. (W. Z. V.) Nach einem Telegramm aus Port-au-Prince wurde der auf seinen Flucht stehende General Chize, der beschuldigt wird, die Stadt Petit-Goave in Brand gesetzt zu haben, durch ein Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Ein Telegramm aus Washington meldet, der Kommandant des Kriegsschiffes "Manger" berichte aus Panama: Die Aufständischen befinden sich in der Nähe der Eisenbahn; die Lage ist ernst, der Handel auf der Landenge bis jetzt jedoch noch ungestört.

Berlin, 12. September. (W. Z. V.) Amlich wird bekannt gegeben: Die wegen Dammbruchung seit dem 7. d. M. gesperrte Strecke von Rauen nach Bredow wird am Sonnabend, den 13. dieses Monats, von vormittags 7 Uhr ab, wieder in Betrieb genommen.

Kassel, 12. September. (W. Z. V.) Bei einem gestern ausgebrochenen Gewitter wurden auf freiem Felde zwischen Kelsfelde und Wanfried vier Arbeiter durch einen Blitz erschlagen.

Köln, 12. September. (W. Z. V.) Als der um 1 Uhr 45 Min. mittags zur Abfahrt nach Kachen bestimmte Schnellzug in den Hauptbahnhof eintraf, ließ er mit dem letzten Wagen auf einen Freiloch auf. Durch den starken Zusammenstoß wurden zwei Wagen beschädigt, der Post- und Postwagen entgleisten. Mehrere Zugbeamte erlitten Verletzungen.

Triest, 12. September. (W. Z. V.) Die ansässigen Hosenarbeiter haben beschlossen, morgen die Arbeit wieder aufzunehmen unter der Bedingung, daß zehn Arbeiter, welche entlassen worden waren, wieder beschäftigt werden. Von den drei verhafteten Angeklagten des Blattes "Sole" wurde heute zweier das Ausweisungsdikt zugestellt.

Bruck a. Leitha, 12. September. (W. Z. V.) Am Mitternacht wurde hier ein mehrere Sekunden anhaltendes Erdbeben verspürt. Unter der Bevölkerung entstand eine große Panik, die aber, da das Erdbeben keinen Schaden anrichtete, bald wieder der Beruhigung wich.

Madras, 12. September. (W. Z. V.) Der Zug mit der englischen Post führte 205 Reiten von Madras mit einer Besatzung, die durch Hochwasser untergegangen war, in den Fluß. Mehrere Reisende wurden getötet. Europäische Reisende sind den Berichten nach nicht zu Schaden gekommen.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Frauenkonferenz.

Am heutigen Sonnabend, einen Tag vor Beginn unseres allgemeinen Parteitag, treten in München die socialdemokratischen Frauen Deutschlands zu ihrer zweiten allgemeinen Konferenz zusammen. Die erste Konferenz, die im vorigen Jahre ebenfalls zugleich mit dem Parteitage in Mainz stattfand, war vor allen Dingen der Festigung der Organisation, der Schaffung eines besseren Zusammenschlusses der proletarischen Frauen gewidmet. Wie aus dem Bericht der Vertrauensperson der deutschen Genossinnen hervorgeht, sind die in Mainz gepflogenen Verhandlungen und die gefassten Beschlüsse recht förderlich für ihren Zweck gewesen. Die Organisation der Frauen hat beachtenswerte Fortschritte gemacht, an vielen Orten, wo bis dahin die Frauen noch zusammenhanglos und scheinbar losdanden, ist ein Zusammenschluss erfolgt, sind Organe geschaffen worden, die ein planmäßiges Zusammenwirken mit den übrigen Genossinnen im Reiche ermöglichen und die zugleich als Agitationszentren zur Gewinnung neuer Anhängerinnen und zur Entfaltung neuer Verbindungen dienen. Auf der so gewonnenen Grundlage fortzubauen, wird die Aufgabe der diesjährigen Konferenz sein. Es wird deshalb die Frage der Agitation unter den Arbeiterinnen auch diesmal wieder einen wichtigen Beratungsstoff bilden, wobei die bisher gewonnenen Erfahrungen erfolgreich verwertet werden können.

Zu einer Anzahl Fragen, die die Frauen als Arbeiterinnen und Staatsbürgerinnen besonders angehen, wird die Konferenz außerdem die Forderungen der organisierten Arbeiterinnen zu formulieren haben und sie wird in der Lage sein, für die Erreichung der gesteckten Ziele wertvolle Anregungen zu geben. Die Frau ist ja leider heute noch nicht in der Lage, direkt in den Gang der Gesetzgebung einzugreifen, weil ihr das Recht dazu noch vorenthalten wird; sie muß sich darauf beschränken, ihre Forderungen zu formulieren, ihre Geschlechtsgenossinnen zur Mitarbeit heranzuziehen, auf daß die Zahl der Frauen, die ihr Recht fordern, immer massenhafter werde, und sie muß im übrigen durch Einwirkung auf die männlichen Staatsbürger zu erreichen suchen, daß ihre vollständige Gleichberechtigung endlich anerkannt werde.

In der socialdemokratischen Partei findet sie diese Anerkennung und der socialdemokratischen Partei gilt deshalb ihre Mitwirkung bei Erreichung der Forderungen, die die Frau besonders angehen, im übrigen aber selbstverständlich im Interesse der ganzen Gesellschaft liegen, als selbstverständlich und das, was sie als Frau zu ihren besonderen Angelegenheiten zu sagen hat, wird gehört in der socialdemokratischen Partei.

Die Frage des Vereinsrechtes der Frauen, die in diesem Jahre die Öffentlichkeit wieder ganz besonders beschäftigt hat, bildet deshalb auch einen wichtigen Beratungsgegenstand der Konferenz. Ferner die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen. Bekanntlich veranlaßt die Regierung gegenwärtig durch Vermittelung der Gewerbe-Inspektoren eine Umfrage über die Möglichkeit und Nützlichkeit der Verkürzung des gesetzlichen Arbeitstages der Frauen auf zehn Stunden. Es ist bereits bekannt geworden, daß die Gewerbe-Inspektoren dabei nur die Unternehmer und deren Vereinigungen befragen. Daß da die Antworten durchweg ablehnend lauten werden, ist begreiflich bei dem niederen Stande socialpolitischer Einsicht und bei der kurzfristigen Profitgier unseres Unternehmertums. Aber es ist auch bereits bekannt geworden, daß Unternehmer sich dabei gleichzeitig auf die Meinung angeblich von ihnen befragter Arbeiterinnen berufen. Unter diesen Umständen verdienen diese Unternehmer-Gutachten erhöhte Bedeutung für die Öffentlichkeit und für die Genossinnen. Sie werden sich damit beschäftigen müssen, um zu verhüten, daß nicht die Meinung der Arbeiterinnen durch die Unternehmer dreist gefälscht wird oder daß doch, wo es dennoch geschieht, der Schwindel aufgedeckt wird, und daß weiterhin die Aufklärung über die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung und eines möglichst reichlichen Lohnes gegen Ausbeutung in immer weitere Kreise dringt.

So harren der Konferenz eine Reihe wichtiger Aufgaben, zu deren Förderung und glücklicher Lösung wir ihr das Beste wünschen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schwargendorf. Der Wahlverein veranstaltet am Sonntag, den 14. d. M., eine Herrnparty und bittet um zahlreiche Beteiligung der Genossen. Admarich Punkt 8 Uhr morgens vom Vereinslokal, Wartenbergstr. 6.

Nieder-Schönweide. Der Wahlverein hält heute abend 8 1/2 Uhr seine regelmäßige Versammlung bei J. Franz, Grünauerstr. 5, ab. Die Willeis vom Volkstest in Steglitz sind dort abzurechnen. Gäste haben Zutritt.

Köpenick. Dienstagsabend 8 Uhr findet bei Scheer (Willsberggarten) eine Versammlung des Wahlvereins statt, in welcher Genosse Paul Vitsin einen Vortrag über „Heimatspolitik“ halten wird.

Lokales.

Polizei und Wahlverein.

In Preußen hat sich die Polizei von Amts wegen um die politische Gestaltung der Staatsbürger zu kümmern; jeder politische Verein hat die Pflicht, seine Mitglieder anzumelden, aber die von der Polizeibehörde jedenfalls sorgsam Buch geführt wird. Wie zuweilen Polizeibeamte daraus die Pflicht herleiten, zu verhindern, ob sie nicht die politische Ueberzeugung der Gemeindeglieder beeinflussen können, dafür diene als Erläuterung folgende wahre Geschichte.

Dem Schlosser Robert Henning in Charlottenburg, der kürzlich in den Wahlverein eingetreten und angemeldet war, wurde am 21. August vom Portier des Hauses, in welchem er wohnte, mitgeteilt, daß er für den folgenden Tag zu Mittag um 1 Uhr durch einen Beamten auf die Polizeidirektion Zimmer 44 bestellt sei. Er leistete dieser Vorladung auch Folge. Von dem Polizeisekretär Rohde wurde er nun nicht nur nach den Angaben über seine Person befragt (Alter, Militärverhältnis etc.), sondern auch nach seiner Mitgliedschaft zum Wahlverein, und ob er demselben gezwungen oder aus eigener Ueberzeugung beigetreten sei. Auf die Frage, wie er zu einer derartigen Ausforschung komme, entgegnete der Polizeibeamte, es handle sich nicht um eine amtliche Vernehmung, sondern um ein rein privates Vorgehen seinerseits; er wolle den jungen Mann auf die verderblichen Tendenzen der Partei hinweisen, der er sich angeschlossen habe. Anfangs habe er die Absicht gehabt, dem Arbeitgeber des jungen Mannes von dieser Thatsache Mitteilung zu machen, damit dieser auf ihn einwirke; denn sicherlich würde es ihm nicht angenehm sein, daß seine jungen Arbeiter sich der socialdemokratischen Partei anschließen. Er habe sich dann aber entschlossen, lieber persönlich mit dem jungen unerschrockenen Menschen zu sprechen, der die Verderblichkeit der Partei noch nicht erkannt habe.

Es ist erklärlich, daß unser Genosse seinen lebhaften Unwillen über diese väterliche Fürsorge des Polizeibeamten, die ihm seine Arbeitszeit kostete, recht energisch äußerte. Der Beamte betonte darauf noch einmal, daß es sich um keine amtliche Vernehmung handle, sondern um eine rein persönliche Aussprache; für die erlittene Zeitverlängerung dot er ihm eine Entschädigung von 50 Pf. an. Auch hat er ihn beim Abschied, von der Angelegenheit nicht öffentlich zu sprechen, und auch seinen Freunden nichts davon zu erzählen.

Nach Tage nach dieser Unterredung, am Sonnabend, den 30. August, wurde Genosse Henning entlassen, wegen Mangel an Arbeit. Daß diese Entlassung mit der Unterredung in einem ursächlichen Zusammenhang steht, können wir nicht annehmen; denn eine Mitteilung eines Beamten an den Arbeitgeber über die politische Gesinnung des Arbeiters wäre eine so offenbare und ungeheuerliche Gefehesverletzung, daß sie uns ausgeschlossen erscheint. Ein unredlicher Uebergriff des Beamten liegt aber zweifellos in seinem Verhalten, und es wäre dringend zu wünschen, daß seine vorgesetzte Behörde ihn recht eindringlich darüber aufkläre, daß er sich um die persönlichen Angelegenheiten junger Arbeiter ebenso wenig zu kümmern hat, als um die Angelegenheiten der Söhne von Kommerzienräten und Gutsbesitzern. Unserm Genossen aber ist zu empfehlen, wenn derartige Verläufe unredlicher Einmischung sich wiederholen sollten, denselben recht energisch entgegenzutreten.

Die Schlachtungen in den öffentlichen Schlachthäusern des städtischen Schlachthofes sind, wie schon mehrfach mitgeteilt worden ist, in ununterbrochenem Rückgang begriffen. Auch im Monat August dieses Jahres sind die Schlachtungen bei den Rindern, Kälbern und Schweinen bedeutend zurückgegangen, nur bei Schafen ist eine kleine nicht ins Gewicht fallende Zunahme der Schlachtungen zu verzeichnen. Daneben wird von den Schlachtern nicht nur über das geringe Angebot, sondern auch noch besonders über die Höhe der Viehpreise und die geringe Qualität des angetriebenen Viehes geklagt. Der Schlachtwert des Viehes ist oft so gering, daß es auch für den billigsten Preis für Schlächter mit besserer Rindfleisch unverwendbar ist. Im August d. J. wurden geschlachtet: 12 110 Rinder (gegen 15 382 im August 1901), 12 238 Kälber (14 229), 44 060 Schafe (42 138), 66 584 Schweine (68 733), zusammen 124 990 Tiere (gegen 185 482 Stück im August 1901); es sind also 10 502 Tiere weniger und zwar 3272 Rinder, 1901 Kälber und 7152 Schweine, dagegen 1912 Schafe mehr geschlachtet worden, trotz der Zunahme der Bevölkerung und des vermehrten Verbrauchs bei verschiedenen großen Veranstaltungen. Von den geschlachteten Tieren ist außerdem noch ein beträchtlicher Prozentsatz zur menschlichen Nahrung ungeeignet befunden worden und mußten deshalb beanstandet werden: 344 Rinder wegen Tuberkulose und 66 wegen Finnen; 45 Kälber und 22 Schafe, ferner nicht weniger als 41 Schweine, darunter 334 tuberkulöse und 25 wegen Finnen und Leishen. Außerdem wurden noch folgende einzelne Teile beanstandet: von den Rindern 5192 Stück, bei Kälbern 246 Stück, Schafen 6827 Stück und bei Schweinen nicht weniger als 14 148 Stück, zusammen 25 413 Teile und Organe. Aber nicht nur bei den Schlachtungen, auch bei dem von auswärts eingeführten Fleisch ist ein ganz bedeutender Rückgang festzustellen. Es sind im August d. J. weniger eingeführt worden: 2235 Rinderviertel, 2983 Kälber und 1295 Schweine. Von dem städtisch geschlachteten, von auswärts eingeführten Fleisch wurden beschlagnahmt: 44 Rinderviertel, 6 Rinderköpfe, 5 Kälber, 2 Schafe, 13 Schweine, 44 Lungen und Lebern usw. Unter den eingeführten Rindervierteln befanden sich 1730 dänische.

Die Rückkehr Kaufmanns. Der Stadtrat Kaufmann beabsichtigt, wie berichtet wird, zu Anfang der nächsten Woche nach Berlin zurückzukehren, um seine Amisgeschäfte wieder aufzunehmen.

Die „ältesten Leute“ Berlins verkönnen zwar in der Berliner Gesamtbevölkerung, aber an sich bilden sie doch eine ganz stattliche Schar. Bei der Volkszählung von 1900 wurden hier 12 247 Männer und 24 906 Frauen, zusammen 37 153 Personen ermittelt, die vor 1831 geboren waren. Es hatten also rund 2 Proz. der gesamten Bevölkerung, oder unter fünfzig Einwohnern jedesmal einer, bereits das Alter erreicht, das man das biblische nennt. Unter diesen 37 153 Personen waren 6317 Personen, 1857 Männer und 4460 Frauen, die vor 1821 geboren waren, also ein Alter von 80 oder mehr Jahren hatten, und unter diesen wieder 202 Personen, 54 Männer und 148 Frauen, die vor 1811 geboren waren, also 90 Jahre alt oder älter waren. Die „ältesten Leute“ unter ihnen waren: aus 1805 8 Personen (1 Mann, 7 Frauen), aus 1804 6 Personen (4 Männer, 2 Frauen), aus 1803 2 Frauen, aus 1802 1 Frau, aus 1801 1 Frau, aus 1800 1 Frau. Aus dem 18. Jahrhundert (wenn man als dessen Schluß das Jahr 1799 betrachtet) fand sich bei der letzten Volkszählung niemand mehr unter der Berliner Bevölkerung.

Graf Pückler bleibt dem deutschen Volke erhalten. Er sprach gestern in einer kurz besuchten antiseimischen Volksversammlung über seine jüngste Verurteilung in der Duell-Affaire. Er werde nun zwei Monate drinnen müssen, weil er sich nicht ins Zarenhaus habe sperren lassen wollen. Eigentlich hätte Senatstrat Dr. Raumann diese Strafe verdient, weil er es gewagt habe, einen deutschen Edelmann für verrückt zu erklären. Was in Slogau passiert, wundert ihn nicht mehr; dort wimmelte es von Gaunern und Strolchen. Statt sich um diese zu kümmern, schleppten Staatsanwälte und Richter ihn von Tribunal zu Tribunal. Wegen des „wilden Pückler“ werde in die ganze Welt hinaus telegraphiert, er brauche bloß zu wollen, dann sei er über alle Berge. Er bleibe jedoch auf seinem Posten und verspreche dem deutschen Volke, daß trotz alledem auf Juden und Judengenossen lustig weitergedroschen werde. Nur auf diese Weise könne der deutsche Michel noch in letzter Stunde vor der bevorstehenden socialen Revolution bewahrt werden, bei der die Throne krachen und Ströme von Blut fließen werden. Die Mehrheit der Versammlung nahm diese Ausführungen mit Beifall auf, nur ab und zu konnte ein Teil der Zuschauer ein Zeichen nicht unterdrücken. Mit einem Hoch auf Pückler und dem Gesange von „Deutschland, Deutschland über alles“ gingen die Versammelten auseinander.

Häblich war es nicht von Herrn Pückler, daß er mit besonderer Eindringlichkeit ankündigte, er werde nicht ankniffen. Er stellte sich damit in scharfem Gegensatz zu seinem Freunde Böcker von der „Staatsbürger-Zeitung“.

Der Magistrat und die Fleischnot. Das Magistratskollegium hat dem Antrage der Stadtverordneten-Versammlung zugestimmt, wonach der Magistrat gemeinsam mit den Stadtverordneten Schritte thun möge, wegen der Ueberfüllung und Befestigung der Fleischnot bezw. wegen Aufhebung der Grenzsperrungen für Vieh und Fleisch. Zunächst soll das Kuratorium des Vieh- und Fleisch-Schlachthofes beauftragt werden, über die letzten 5 Jahre statistische Tabellen aufzustellen, sowohl über den Viehantrieb als dem Berliner Markt und über die erfolgten Schlachtungen der verschiedenen Viehgattungen. Ferner sollen Ermittlungen über die Fleischpreise während der genannten Zeitdauer angestellt werden.

Der Gerichtsvollzieher Rammenberg, welcher im Februar d. J. unter Begleitung einer Frau Schumann nach Verabreichung schwerer Antidote in Chicago erwischt und nach Berlin zurücktransportiert wurde, wird sich am 16. d. M. vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten haben. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Dr. Werthauer übernommen.

Anglik oder Selbstmord? Der 18 Jahre alte Sohn Otto des Bahnwärters Häbner aus Güterglück wohnte seit einem halben Jahre bei dem Arbeiter Heller in der Vorfigstraße Nr. 13 und war im Comptoir der „Victoria“ in der Lindenstraße beschäftigt. Am Sonntag ging er von Hause weg und kehrte nicht wieder zurück. Donnerstagsnachmittag landete man ihn an der Wühlendammstraße als Leiche aus der Spree. Im Gesicht ist nicht vorgekommen, daß den jungen Mann zu einem Selbstmord hätte veranlassen können, auch sonst hatte er dazu keine Veranlassung. Wie er verunglückt sein kann, ist auch nicht bekannt.

Der verschwundene Einbrecher. In der Verhandlung gegen die Gold- und Juwelenhändler Gutschow und Jeanraud bemerkte der Vorsitzende der Ferien-Strafkammer am Mittwoch, daß der Hauptthäter Eugen Jilly, der sich in England aufhalten sollte, leider nicht zu ermitteln gewesen sei. Das ist merkwürdig. Es ist schon eine geraume Zeit her, daß die Nachricht von der Verhaftung des gefährlichen Einbrechers in London durch alle Zeitungen ging. Wie wir seiner Zeit ausführlich berichteten, hatte Jilly hier in Berlin eine Braut, die er heiraten wollte. Da er nicht gut unter den Augen der Kriminalpolizei, die ihn suchte, zum Standesbeamten gehen konnte, so fuhr er mit seiner Kofferkiste nach London, um sich dort mit ihr trauen zu lassen. Bald darauf teilte die Londoner Kriminalpolizei der hiesigen mit, daß es ihr gelungen war, den Einbrecher festzunehmen. Sie hatte ihn unmittelbar vor der Trauung erwischt und in sicheren Gewahrsam gebracht. Die Braut Jilly mußte die Londoner Polizei laufen lassen, die Berliner aber nahm sie bei ihrer Rückkehr aus der Rheinstraße auf dem Schlesischen Bahnhof fest, da sie verdächtig war, um die großen Einbrüche gewußt zu haben. Dieser Verdacht erwies sich aber als unbegründet, und so kam das Mädchen ohne Anklage davon. Wegen ihres Bräutigam wurde das Auslieferungsverfahren eingeleitet. Seitdem hörte man hier von Jilly nichts mehr, bis nun in der Gerichtsverhandlung gegen seine Helfershelfer mitgeteilt wird, er sei leider nicht zu ermitteln gewesen. Wo mag er nun aber geblieben sein? Die Londoner Kriminalpolizei hat ihn doch gehabt und seine Festnahme hierher mitgeteilt. Hätte sie ihn wieder freigelassen, so hätte sie davon wohl auch die hiesige Kriminalpolizei in Kenntnis gesetzt. Vielleicht sieht man in London einmal nach, ob der gefährliche Bursche noch irgendwo in Gewahrsam sitzt und auf seine Aburteilung wartet.

Ein ungetreuer Handdiener. Der Restaurateur Simon in der Hochstraße pflegte sein Wechselgeld in einer Tasche in einem verschlossenen Schrank aufzubewahren. Dieser Tage fand der Schrank, an dem man auf dem Wege zum Keller vorbeigehen mußte, einmal auf. Als man Simon abends sein Geschäft schloß, entdeckte er, daß die Tasche, die 700 Mark enthielt, fehlte. Am andern Morgen zeigte er seinen Verlust gleich der Kriminalpolizei an. Da diese keine andre Spur finden konnte, so fiel der Verdacht, die Tasche mit Inhalt gestohlen zu haben, schließlich auf den Handdiener, einen jungen Mann namens Max Fran. Der Beschuldigte, der Simon versichert hatte, daß die Stellung bei ihm seine erste in Berlin sei, bestritt jede Schuld. Er habe 200 M. geparkt und seinen Lohn noch zu fordern, brauche sich also an fremdem Gelde nicht zu vergreifen. Frey dieser Behauptungen wurde der junge Mann verhaftet. Er leugnete auch dann, als man ihm nachwies, daß er in Berlin schon eine Stelle gehabt hatte und weggegangen war, weil er einige Flaschen Champagner gestohlen hatte. Schließlich bequimte er sich aber doch zu einem Geständnis. Bei einem Gang in den Keller hatte er sich die Tasche angeeignet, um sie bei Gelegenheit mit dem Inhalt im Humboldthain zu vergraben. Als hier gestern, Freitagvormittag, Kriminalbeamte nachsahen, fanden sie dem Schatz unversehrt an der von ihm bezugenen Stelle.

Feuerbericht. In den letzten 24 Stunden hatte die Wehr mehrere Alarmierungen zu verzeichnen. In der Nacht zum Freitag wurde sie nach der Brenzlauer Allee 217 gerufen, wo in einer Wohnung Kleidungsstücke und Möbel Feuer gefangen hatten, das jedoch noch im Keim erstickt werden konnte. Kurz vorher gingen in der Butcherstr. 13 Gardinen, Fenster etc. in Flammen auf, während sich in der Fruchtstr. 66 Preshofen von selbst entzündet hatten. Nachmittags 4 Uhr hatte die Wehr in der Ostfinkenstraße 43 in einer Küche ein Feuer abzulöschen, das in der Hauptsache Wäschestücke beschädigte. In der Raunhofsstraße 65 mußte in einem Keller ein Feuer beseitigt werden, das im wesentlichen Verpackungsmaterial einäscherte. Kurz darauf war in der Colbenstr. 1 durch die Explosion von Spiritus in einer Küche ein Brand entstanden, dessen Abkämpfung indes bald erfolgen konnte. Auf dem Hamburger Güterbahnhof, Heldestraße, und auf dem Güterbahnhof der Ostbahn waren durch Selbstentzündung Portories mit Preshofen in Brand geraten, der die Wehr längere Zeit beschäftigte. Außerdem liefen in der Zwischenzeit noch Feuermeldungen von der Mühlstr. 11 und von der Fiedelstr. 77 ein, die jedoch nur unbedeutende Brände betrafen.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung hielt am Donnerstag ihre erste Sitzung nach den Ferien ab. Zunächst wurden 13 Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste erledigt. Gemäß dem Beschluß des Wahlausschusses wurden 11 davon für berechtigt erklärt und die betreffenden Personen nachträglich in die Liste aufgenommen. Dann erfolgte die Auslösung eines Drittels der Stadtverordneten, für die im November Kommunalwahlen vorzunehmen sind. Aus der dritten Abteilung wurden ausgelost unsere Parteigenossen Herrmann, Kellner und Kaufner (Ersatzmann für Jäger, dessen Mandat noch freigeig ist), sowie die Herren Löwe und Widel. — Von den Magistratsvorlagen, die darauf erledigt wurden, führte zu einer längeren, recht erregten Debatte die auf Nachbewilligung von 1500 M. an den Steinsehmeyer Widel, welcher behauptet, er habe bei der Uebernahme von Arbeiterarbeiten auf dem Rixdorfer Kiesquart nicht aus dem Kartennmaterial zu ersparen können, daß zum Arbeitergebiet eine tiefe Lehmgrube gehöre. Widel, dem als Widelfordernden die Arbeit im Submissionswege übertragen worden ist, hat bei Abgabe seines Angebotes die Ausfüllung der Grube nicht mit berechnet. Während die Vertreter der Mehrheit, gleich dem Magistrat, „aus Billigkeitsrücksichten“ die Nachbewilligung wünschten, wandte sich Stadtv. Ostermann (Soz.) energisch dagegen und warnte vor den Konsequenzen. Es könnte leicht die Meinung aufkommen, Rixdorf bewillige allemal nach. Dem müsse vorgebeugt werden. Die Unternehmer hätten sich eben vor Abgabe von Angeboten genau zu informieren. Unterließen sie dies, dann hätten sie den Schaden zu tragen. Stadtv. Conrad (Soz.) betonte, daß Nachforderungen und Nachbewilligungen in Rixdorf öfter vorkämen und daß damit aufgeräumt werden müsse. Er hält das für Wästen des Submissionswesens, mit dem ein Ende zu machen sei. Ihm wurde erwidert, daß mehrere Nachbewilligungen wegen Arbeiten, die nach Vertragsabschluss hinzukämen, notwendig gewesen wären. Bürgermeister Wolgast teilte mit, daß sich eine Unterkommission der Vandeputation mit der Frage beschäftigen werde, wie das Submissionsverfahren der Stadt zu reformieren sei. Das könne er allerdings schon jetzt sagen, daß an eine Abschaffung des Submissionswesens nicht zu denken sei. Das könnte eine Stadt wie Rixdorf nicht beantworten. — Die Magistratsvorlage wurde schließlich angenommen. — Die Versammlung stimmte einhellig einem Magistratsantrage zu, wonach dem Verein zur Förderung der Kunst zur Abhaltung von Volksfesten die Aula der neuen höheren Lehranstalt und der „Humboldt-Akademie“ mehrere Klassenzimmer derselben Anstalt zur Abhaltung von Volks-Vorlesungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden sollen.

Mit der roten Schleife können sich viele Postoren immer noch nicht befreunden. Auch in Paukwitz kam es bei der Weerdigung

unser Parteigenossen Edametz zu einem peinlichen Vorfall. Der Wahlverein wie der Metallarbeiter-Verein hatten kräftig mit roten Schleifen gearbeitet, und der Friedhof-Inspektor hatte bei deren Einbild nicht eiligeres zu tun, als den Ortsgemeinlichen, Pastor Schacht, auf diese Frevelhaftigkeit aufmerksam zu machen. Der Pastor trat auf die Leidtragenden zu, verlangte die Entfernung der Schleifen und stellte sich dann abwartend vor den Eingang des Friedhofes hin. Ein Parteigenosse machte den Pastor darauf aufmerksam, dass wenn von einer Störung die Rede sein könne, nicht die Schleifen sondern er, der Geistliche, diese Unannehmlichkeit verursacht. Die Antwort war eine nochmalige Aufforderung, die Schleifen zu entfernen. Um der peinlichen Situation ein Ende zu machen und die Kirche nicht ins Wanken zu bringen, lösten die Kranzträger die Schleifen. Nachdem die Parteigenossen dann bei der Niederlegung der Kränze dem Toten noch einige ehrende Worte nachgerufen hatten, verließ die Trauergesellschaft kopfschüttelnd den „Gottesacker“.

**Friedrichshof.** Mit großer Eile arbeitet die Genossenschaft für Viehverwertung an der Herstellung ihres Lager- und Schlachthofes. Zwei Lokomotiven sind thätig, um mittels Schienen die Erdmassen fortzuschaffen. Über 50 Arbeiter, natürlich fremde, sind bei der Planierung jetzt schon beschäftigt; später soll bei elektrischem Licht gearbeitet werden. Auch die Anfahrt von Mauersteinen ist kräftig im Gange, soll doch im Juli nächsten Jahres der Bau fertig gestellt sein. Die Genossenschaft hat sich gut vorgeeignet, indem sie das Nachbar Gelände so weit wie möglich angekauft hat. Daß der Appetit beim Essen kommt, bewahrt sie sich auch hier; stellt doch die Genossenschaft den Antrag, die Kreis-Chauffee derart zu verlegen, daß sie wie östlich, so auch südlich ihr Gelände umgrenzt. Auch soll dann an dem bisherigen Uebergang eine Personen-Station errichtet werden. Eine wilde Bodenpekulation macht sich infolge des Baues breit. Der Bodenwert ist um das Doppelte und Dreifache gestiegen. Die Bauern bringen ihr Schäfchen dabei ins Krodeln. Die Gemeindevertreter aus dem Kirchhof-Cristell wollten sich vor ihren Wählern wegen der Ablehnung der Grundwertsteuer in einer öffentlichen Versammlung verantworten. Die Herren scheinen aber den besseren Teil der Tapferkeit zu wählen. In der letzten Versammlung des dortigen Hausbesitzervereins wurden ihnen die schlimmsten Vorwürfe gemacht. Ein großer Teil der Hausbesitzer hat auch ein erhebliches Interesse an der Grundwertsteuer, sind doch die in neuerer Zeit entstandenen Häuser eher Mietskasernen als Villen zu nennen. Die Mietskasernen sind von dem jetzigen Steuersystem besonders hart getroffen. Wie wir hören, soll übrigens die Grundwertsteuer in kurzer Zeit von neuem in der Gemeindevertretung behandelt werden. Ob mit besserem Erfolg, ist fraglich; es sei dem, daß ein Stuhhandel hinter den Coulissen stattgefunden hat.

**Schöneberg.** Zur Abhaltung volkshygienischer Vorträge hat sich auf Veranlassung des hiesigen Ärztevereins ein Komitee gebildet, dem auch Nichtärzte angehören, u. a. Oberbürgermeister Wildt und Stadtverordneten-Vorsieder Müller. Die Vorträge, für welche namhafte Gelehrte gewonnen sind, werden Anfang November voraussichtlich in der Aula der Hohenzollernschule beginnen; sie sind unentgeltlich und werden mit Lichtbildern veranschaulicht. Durch einen Unfall auf dem Neubau Ede Gothen- und Lorgenerstraße zog sich gestern der 44 Jahre alte Maurer Hermann W. schwere Rückenverletzungen zu. Beim Betreten eines zu schwachen Brettes brach der Maurer durch und stürzte hinab. Nach Anlegung eines Notverbandes in der Unfallstation wurde er nach einer Klinik gebracht.

### Gerechtigkeits-Beifung.

Der des Kirchendiebstahls angeklagte Kirchdiener Feige aus Clegh stand gestern vor der zweiten Ferienkammer am Landgericht II. Der 58 Jahre alte Beamte hat lange Zeit hindurch die Opferrolle der Kirche bestanden, bis er in der Nacht zum 11. Mai von einem Polizeibeamten, der sich in der Kirche versteckt hielt, abgeführt wurde. Die Verhandlung mußte vertagt werden, da der Angeklagte auf seinen Geständnisstand hin unterzucht werden soll. Bemerkenswert ist, daß der Verdacht des Diebstahls stets auf dem Angeklagten gelastet hat. Als Kriminalkommissar Hoffmann im Jahre 1898 nach Steglitz versetzt wurde, hat ihm der jetzt längst verlorbene Amtsvorgänger Zimmermann sofort von diesen forglezten Kirchendiebstählen Mitteilung gemacht und hinzugefügt, daß kein anderer der Dieb sei als der Kirchendiener; man wolle aber in der Gemeinde den Elit vermeiden und nehme Rücksicht darauf.

daß Feige stark überlastet sei, deshalb nehme man von einer Anzeige Abstand!

**Der klagende Trebbiner Kirchenrat.** Die Mitglieder des Gemeinde-Kirchenrats zu Trebbin haben gegen den Redacteur Dr. phil. Karl Wislitz vom „Berl. Tagebl.“, den Redacteur Victor Band von der „Berl. Morgenpost“ und den Chefredacteur Otto Wallerstedt von den „Neuesten Nachrichten“ Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Gestern sollte unter dem Vorsitze des Landesgerichtspräsidenten Lindenbergs vor der dritten Ferien-Kammer des Landgerichts I die Verhandlung stattfinden. Als im April dieses Jahres die Verleumdungen des Predigers Dittelhoff in Trebbin bekannt wurden, erschien in den drei genannten Blättern ein fast gleichlautender Bericht, worin behauptet wurde, daß die Mitglieder des Kirchenrats zu Trebbin es an der nötigen Aufmerksamkeit und Sorgfalt hätten fehlen lassen, denn sonst hätten die Unterstellungen des Predigers Dittelhoff keinen so großen Umfang annehmen können. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hoffe, bestritt, daß der gestellte Strafantrag formell rechtsgründig sei, denn die Kirchenvertretung zu Trebbin sei keine Behörde, die einen besonderen Reichsgericht geniesse, vielmehr nur als Vorstand eines Vereins anzusehen. Der Staatsanwalt vertrete einen andern Standpunkt und wies darauf hin, daß nach einer Entscheidung des Reichsgerichts selbst die Kreissynoden als Behörden anzusehen seien. Sollte der Reichsgericht in dieser Beziehung aber Zweifel hegen, so beantrage er, die Akten dem Konsistorium zu unterbreiten, damit dieses eventuell Strafantrag stellen könne. Der Gerichtshof erkannte an, daß der Strafantrag rechtmäßig gestellt sei. Jetzt beantragte der Verteidiger die Vertagung, weil zwei von ihm geladene Entlastungszeugen nicht erschienen waren. Diesen Antrag glaubte der Gerichtshof nicht ablehnen zu sollen. — Die Verhandlung wurde vertagt.

**Ständische Polizeimittelhandlungen** förderte eine Verhandlung vor dem Landgericht zu Potsdam zu Tage. Zwei Schuppente und ein Wachmeister hatten einen Arrestanten eine Straße Wegs bis zur Wache geschleppt, ihn dort brutal auf eine Bank geworfen und mißhandelt. Hierauf hatte man den Wehrlosen ins Arresthaus geschleppt, bei der Prägelei durchsächlich sämtliche Kleider vom Leibe gerissen und in einem Fort mit Stöcken und Gummirollen auf ihn herumgehauen! Schließlich blutete der Arrestant aus mehreren Wunden, so daß sogar einer seiner Reingeriet, mit dem Schlägen anzufangen. Jetzt wurde der Mißhandelte in die Zelle geschleppt, woselbst man ihn (es war mitten im Winter) bei offenem Fenster, ohne Decke, ohne Prische u. s. w. 12 Stunden lang hilflos liegen ließ. Erst am andern Morgen kam der Wachmeister und befahl dem am Boden liegenden Manne, der qualvolle Schmerzen auszuhalten hatte, sich das Blut vom Körper abzuwaschen. Der Mißhandelte verlangte jedoch vor den Arzt geführt zu werden, und dieser gab sofort Befehl, daß der viele Wunden aufweisende Arrestant ins Krankenhaus transportiert werde. Hier lag er nun 14 Tage lang unter grauamen Schmerzen, bis dann endlich die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die Schuppente erhob. In der Verhandlung wurden die Heikeiten der drei Beamten voll und ganz erwiesen und das Gericht verurteilte sie zu je — 50 M. (schreibe fünfzig Mark) Geldstrafe!!! — Draufschick kam die Art, wie im gelobten Sachsen prägelnde Schuppente gerichtlich geschätzt werden, wohl nicht illustriert werden. Die Potsdamer Arbeiter, die sich nicht enstern derartige Vergehen zu Schulden kommen lassen, erhielten die ungeheuerlichen Zuchthausstrafen!

### Versammlungen.

**Zu den Protestversammlungen** am Donnerstag, über die wir in der gestrigen Nummer berichteten, ist folgendes nachzutragen: In Pankow referierte Genosse Rubeil. Er geißelte in 1 1/4 stündiger Rede in scharfer Weise die Regierung und die agrarische Rinderheir. Was unser gestriger Bericht von den Darlegungen des Genossen Freiwald sagt, bezieht sich auf die Ausführungen, die Freiwald als Vorsitzender am Schluß der Versammlung machte. Der Irrtum ist durch ein Mißverständnis bei der telephonischen Uebersmittlung des Berichts entstanden. Vorher der allgemeinen Resolution wurde eine einstimmig angenommene, in welcher die Genossen in der Gemeindevertretung beauftragt werden, dort ebenso wie in den verschiedenen großen Städten den dringlichen Antrag zu stellen, eine Eingabe wegen Aufhebung der Grenzsperr zu beschließen.

**In Lichtenberg-Friedrichberg** referierte Genossin Emma J. h. r., was uns erst heute mitgeteilt wird. Gestern konnten wir leider nicht feststellen, wer den Vortrag in dieser Versammlung gehalten hat. Daher die bedauerliche Lücke im Bericht.

**Und Weissensee** ist der Bericht für die gestrige Nummer infolge ungenügender Verlebensverhältnisse nicht mehr eingetroffen. Dasselbst hielt Genosse L. u. a. n. r. das Referat. Die Versammlung war so stark besucht, wie es in Weissensee seit langer Zeit nicht mehr der Fall gewesen ist, so daß auch hier die Protestlandgebung eine äußerst wirkungsvolle war.

**Eine öffentliche Tischlerversammlung**, einberufen von der lokalen Richtung, wurde am 10. September abgehalten. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: Die Versammlung verpflichtet sich aufs neue, dahin zu streben, daß kein Tischler den Entlassungsbescheid annimmt, ganz gleich in welcher Form. Desgleichen verpflichten sich die Anwesenden den Arbeitsnachweis der vereinigten Unternehmer nicht zu benutzen, auch wenn der Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird, denn die Anwesenden stehen auf dem Standpunkt, daß der Arbeitsnachweis nur den Arbeitern gehört und machen es allen Kollegen zur Pflicht, überall da, wo Tischler vom Unternehmer-Nachweis anfangen, sofort die Arbeit niederzulegen.

**Eine öffentliche Malerversammlung**, die von der lokalen Richtung der Maler am 9. d. M. veranstaltet worden war, nahm nach lebhafter Debatte eine Resolution an, welche sich in heftigen Ausdrücken gegen den Gehilfenausschuss und die leitenden Personen des Centralverbandes richtet. Anlaß dazu bot die kürzlich erfolgte Vereinbarung eines Tarifs zwischen dem Gehilfenausschuss und der Berliner Maler-Zunft.

**Pankow.** Die Versammlung des Wahlvereins am 9. d. M. nahm den Bericht über die Kreisversammlung vom 24. v. Mts. entgegen. Ferner wurde mitgeteilt, daß dem Kapitulationsbezirk Pankow auch die Bezirksräte an der Grenzlinie hinter Klosterfelde bis nach Zerpensfelde einverleibt seien. — Neben dem Antrag, gegen die Ueber- und Verbeirer der über nuse in die Gemeindevertretung abgeordneten Genossen unlaufsündig verlenmderischen Gerichte gerichtlich einzuschreiten, wurde nach kurzer Debatte, in welcher die Verlogenheit gewisser bürgerlicher Herrschwäger gekennzeichnet wurde, zur Tagesordnung übergegangen.

**Kreuzkottbusche Gemeinde.** Sonntag, den 14. September, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 99. Gemeindefchule, K. L. Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Vorträge. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Professors Dr. Albert Weyhe: „Das Ringen der Menschen in Sage und Dichtung.“ — Sätze, Damen und Herren, sehr willkommen.

**An die Mitglieder der Orts-Krankenkasse Schöneberg-Friedenau.** Am Montag, den 15. d. Mts., abends 7 Uhr, findet im „Hohenzollern“, Panbrüderstr. 64, die Wahl von 21 Vertretern zur Generalversammlung für die am 6. Oktober cr. zu erhaltende neue Orts-Krankenkasse für Friedenau statt. Mitgliedskarte der alten Orts-Krankenkasse legitimiert, ist also mit zur Versammlung zu bringen.

### Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde** findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. **Hochbahn.** Wir können Ihnen die genannte Kasse nicht empfehlen. Besserer eignet sich die Krankenkasse für Tischler und andre gewerbliche Arbeiter (G. S.) für Sie. Vorsitzender ist Herr Fröhlich, Kosloversstraße 48. Wenden Sie sich an das Wächteramt, Urbanstraße 38. **G. S. II.** 1. Sonntag 7 1/2 Gulden (Goldgulden 2,02 M.). 3. Der Preis beträgt brutto 3 M., gerunden 4,50 M. Zu beziehen von der Buchhandlung Borna. 2. Wird nächstens beantwortet.

### Witterungsübersicht vom 12. September 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Stand um 8 Uhr	Windrichtung	Wolkenart	Temperatur	Stationen	Barometer Stand um 8 Uhr	Windrichtung	Wolkenart	Temperatur	
Zwinnende	754	SW	—	Regen	12	Hagenow	758	SW	2 wolkig	5
Damberg	753	SW	1 bedekt	12	Berlin	758	SW	1 bedekt	6	
Berlin	754	SW	1 bedekt	15	Ort	761	SW	4 bed.	10	
Frankf. M.	755	SW	2 bedekt	15	Aberdeen	—	—	—	—	
München	759	SW	3 bedekt	15	Paris	754	SW	1 bedekt	15	
Wien	757	SW	—	bedekt	17	—	—	—	—	

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 13. September 1902.** Teilweise heiter, aber sehr veränderlich, mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden; Temperatur langsam sinkend.

### Theater.

**Sonnabend, 13. September.**  
**Opernhaus.** Figaros Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Der Geisteswurm. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroß).** Brigitte (Beronique). Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Wenn wir Toten erwachen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner. Alt-Heidelberg.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leistung.** Die Kleinfürger. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Welter. Martha.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues. Ledige Leute.** Anfang 8 Uhr.  
**Kleines. Der Fall Mathieu.** (L'affaire Mathieu). Vorher: Ich liebe Sie. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Er und seine Schwester. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central.** Drei Paar Schuhe. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller. O. (Wallner-Theater).** Doktor Klaus. Anfang 8 Uhr.  
**Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.)** Einsame Menschen. Anfang 8 Uhr.  
**Carl Weiss.** Eine Paria. Anfang 8 Uhr.  
**Luffen.** Die Dame von Lyon. Anfang 8 Uhr.  
**Casino.** Erotische Aekel. Anfang 8 Uhr.  
**Kleines.** Serenissimus-Zwischenspiele. Malennacht. Familienidyll. Liebesträume. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Vufftrata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Wintergarten.** Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
**Buntes Theater.** Wer ist schuldig. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Berlin bleibt Berlin. Anfang 8 Uhr.  
**Wilhelm.** Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.  
**Palast.** Fromme Wünsche. Anfang 8 Uhr.  
**Cleidi.** Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

### Reichshallen.

Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Tausend Jahre deutscher Kultur. Täglich nachmittags 4 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Entree 1 M., ab 6 Uhr abends 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
**CASTANS Panoptikum.** Friedrich-Strasse 185. Die sensationellen lebenden Bilder, dargestellt v. 6 jungen Damen. Kirchmeiers Berliner Original-Schrammeln.  
**Luisen-Theater.** Reichendergerstrasse 34. Drei Minuten vom Kottbuser Thor. Abends 8 Uhr: Zum sechstenmal Die Dame von Lyon. Schauspiel in 5 Akten von Lord Dunsany-Pulver. Vorverkauf 10—2 Uhr Theaterkasse, Invalidenbank, Unter den Linden 24 und Künstlerbank, Unter den Linden 19. Sonntag 8 Uhr zu kleinen Preisen: Maria Stuart. Abends 8 Uhr: Zum sechstenmal: Die Dame von Lyon.

### Urania. Tauben-Strasse 48/49.

### ZOOLOGISCHER ZARTEN

### CASTANS Panoptikum

### Luisen-Theater.

### Schiller-Theater.

### Carl Weiss-Theater.

### Apollo-Theater.

### Sanssouci

### Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater)

### Wintergarten.

### Cléo de Mérode

### Metropol-Theater

### Palast-Theater

### Reichshallen.

### Passage-Theater.

### Hella Collier



